

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 216 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 1/2013 · VOM 8. JANUAR 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Technische Werke**
mit verringertem Verlust
»Sonstige Erträge« an der Spitze

8 | **Drei Fragen**
Drei Antworten
Wasser und Abwasser im Barnim

13 | **Über Gräber**
weht der Wind...
Ein anderes Buch über Denkmale

Die energiewirtschaftliche Zukunft gestalten

von Albrecht Triller

Der Verkauf der Stadtwerkeanteile war ein Fehler. Das haben inzwischen wohl so ziemlich alle Stadtverordneten begriffen. Wegen kurzzeitiger Finanzierungsprobleme wurden Entwicklungschancen für die Stadt, ihre Unternehmen und ihre Bürger verschenkt (oder besser »verkauft«, zum Teil sogar zum Vorteil Einzelner – man erinnere sich an den Spendenskandal).

Der Versuch, ein Stück davon zurück zu holen, scheint gescheitert. Die Rekommunalisierung der Energienetze im besonderen und darüber hinaus der Energiewirtschaft im allgemeinen ist in weite Ferne gerückt. Seit fast vier Jahren (StVV am 26.02.2009) über diese Fragen im Gespräch, stehen die Stadtverordneten nach kontroversen Debatten jetzt quasi vor dem Ende der Rekommunalisierungsbemühungen.

Erste Schritte in Richtung der Rekommunalisierung standen mit der Neuvergabe der Energienetze auf der Tagesordnung. Während es der Energieausschuß für richtig hielt, daß sich die Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) an der Ausschreibung um die Neuvergabe der Energienetze bewerben, bestellten diese ein Gutachten und lehnten eine Teilnahme an der Ausschreibung ab. Diese Entscheidung trafen Aufsichtsrat und der Gesellschaftervertreter selbstherrlich, ohne in einer solch wichtigen Frage die Stadtverordnetenversammlung (StVV) zu beteiligen. Mit der fragwürdigen Entscheidung der TWE war die Chance vertan, die Netze zeitnah wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Hier bleiben Fragen an den Gesellschaftervertreter (Bürgermeister Friedhelm Boginski), den Aufsichtsrat (Vorsitzender: Volker Passoske) und an das Teilnehmungsmanagement (Dezernent Bellay Gatzlaff).

Die StVV hat sich am 25.09.2012 bei der Vergabe der Wegenutzungsrechte in wesentlichen Teilen gegen den Energieausschuß entschieden. Die brüskierten Ausschußmitglieder sehen sich in ihrer Rolle als Sachverständige in Frage gestellt. Doch damit nicht genug, streben ein Teil der Stadtverordneten und bestimmte Mitarbeiter der Verwaltung eine Entscheidung an, die sich vollends von der Beschlußempfehlung des Energieausschusses zur Konzessionsvergabe verabschiedet. Und dafür wurde gar nicht erst der Versuch gemacht, ein Votum des Fachausschusses einzuholen.

Wie die lokale Tageszeitung schon berichtete, hatte die StVV den Energieversorger Alliander als neuen Vertragspartner für die Wegenutzungsrechte zur Gasversorgung bestimmt. Doch EWE und Alliander konnten sich offenbar über die Modalitäten der Netzübergabe beziehungsweise Netzübernahme bisher nicht einigen. Das führt dazu, daß die so genannte Konzessionsabgabe für die Wegenutzungsrechte vom bisherigen Netzbetreiber nicht mehr, und vom künftigen Netzbetreiber noch nicht gezahlt wird. »Der Stadt gehen damit erst einmal rund 160.000 Euro verloren. Die Fraktionen, wurde hinter verschlossener Tür der Stadtverordnetenversammlung deutlich, sind allerdings nicht bereit, auf das Geld zu verzichten. Jetzt soll ein zweiter Gutachter eingeschaltet werden, der den Wechsel des Netzbetreibers begleitet«, so besagte Tageszeitung. Damit wurde ein Eklat in der Stadtverordnetenversammlung erst einmal verhindert und die Entscheidung vertagt.

Die 160.000 Euro Konzessionsabgabe, die der Stadt fehlen werden, wenn sich alter und neuer Netzbetreiber nicht zeitnah einigen können, sind einerseits ein Einnahmeausfall der Stadt, andererseits bedeutet dies aber auch, daß die Gaskunden nicht die anteiligen Konzessions-



Beheizte Gehwege: Energie ist genug da. Auch Fernwärme, die hauptsächlich durch die Verbrennung von Gas erzeugt wird. Beim jüngsten Schnee profitierten davon einige Anwohner, die auf den Schneedienst auf den Wegen vor ihrem Haus verzichten konnten. Unser Leser Thomas Gädicke machte sich die Mühe, den Temperaturunterschied zu messen. Sein Ergebnis: die Heizungsstrassen sind an der Bodenoberfläche 2 bis 5 Grad wärmer als die nicht beheizte Umgebung.

sionsabgaben über den Gaspreis bezahlen müssen. Das der Stadt fehlende Geld bleibt also in den Taschen der Bürger bzw. der weiteren Gasverbraucher der Stadt. Um die Größenordnung der Summe deutlich zu machen: Es geht dabei um etwa 4 Euro je Bürger und Jahr! Rechtfertigt diese Größenordnung die Aufregung?

Wer sagt, 160.000 Euro sind viel Geld, hat natürlich Recht. Aber 160.000 Euro im Vergleich zu den Kosten der Beratungsfirmen in einer Größenordnung von vielleicht 100.000 Euro sind schon fast peanuts. Wie viele Tausend Euro im Jahr die Stadt allein für den so genannten externen Sachverständigen ausgibt, konnte Herr Gatzlaff auf meine Frage in der letzten Finanzausschußsitzung nicht sagen. Die verstecken sich in zu vielen Positionen, so seine Antwort. Vielleicht läßt sich schon in dieser Position eine Einsparung zum Ausgleich für die eventuell ausfallende Konzessionsabgabe erzielen. Gutachten machen nicht immer klüger, aber immer ärmer. Deshalb den eigenen Sachverständigen nutzen!

Statt Klimmzüge wegen der Summe von 160.000 Euro im Jahr zu machen und möglicherweise falsche Entscheidungen zu treffen, sollten die Überlegungen darauf gerichtet werden, wie die Stadt dem Ziel der Rekommunalisierung der Energiewirtschaft näher kommen.

Der Wille fehlt

Eigentlich ist Strom billig. Man bekommt für einen Euro 3,3 Kilowattstunden jederzeit frei Haus geliefert. Dafür müßte ich 33 Kilometer hintereinander laufen. Da würde ich schön schwitzen. An der Strombörse in Leipzig kostet diese Arbeit gewöhnlich 18 Cent.

Heiligabend gab es dort Schäppchen und die 3,3 kWh waren für 5 Cent zu haben. An den Weihnachtsfeiertagen hätte ich sogar 18 Cent bekommen, wenn ich die 3,3 kWh abgenommen hätte. So unterschiedlich ist das mit den Preisen dort. Die Betreiber von Windrädern bekommen für die gleiche Arbeit immer 16 Cent und noch Boni. Auch wenn der Strom gar nicht gebraucht wird. Deshalb verdienen die Stromlieferer auch zu Weihnachten Geld.

Offensichtlich gibt es genug Strom. Dafür wird in Brandenburg jede Menge Braunkohle verbrannt. Überall stehen Windräder. Dazu kommen noch unzählige Solarplatten sowie Biogasanlagen und Holzkraftwerke. Und es werden ständig mehr. Vattenfall meldet 2012 einen Rekord in der Stromerzeugung und Brandenburg exportiert jede Menge Strom. Damit wird sogar die Arbeit der stillgelegten Kernkraftwerke kompensiert und Strom ins Ausland exportiert.

Nach den Gesetzen der Marktwirtschaft wird der Strom an der Strombörse auch immer billiger. Deshalb werden neue Gaskraftwerke und moderne Kohlekraftwerke gar nicht gebaut und weiterhin Kohle in den alten verheizt.

Warum steigt dann eigentlich der Strompreis bei den Endverbrauchern? Wer steckt ein den Rest von 82 Cent für die 3,3 kWh ein? Zumal doch genug Strom da ist und die Preise an der Börse sinken. Zwischen Erzeuger und Verbraucher sitzen wohl einige Monopolisten und unnötige Beutelschneider. Vielleicht wirkt die Marktwirtschaft bei Strom nicht oder in eine andere Richtung? Oder sollte man die Sache anders organisieren?

Unter anderem braucht unsere schöne Stadt unbedingt ihre Konzessionsabgabe. Dazu kommt noch die Bundesrepublik und das Land Brandenburg, die auf ihre Umsatzsteuer und die Stromsteuer nicht verzichten können. Auch muß die Förderung der erneuerbaren Energien bezahlt werden. Natürlich müssen wir auch für die Verluste für die Übertragung des Stroms, die Regelei, Speicherung, Blindströme und den Netzausbau und all die Gewinne der vielen Beteiligten begleichen.

Aber wir wollen nicht meckern. Eigentlich ist der Strom billig. Ich jedenfalls möchte nicht erst 33 km laufen, um mir einen Euro zu verdienen. Wenn uns das dann doch zu bunt wird, könnten wir unseren eigenen Strom machen.

Vielleicht mit den vereinigten Stadtwerken im Finowtal. Wind, Sonne, Holz, Gras und Wasser ist genug da. Und wenn ein Wille entsteht, fände sich auch ein Weg. Denkt mal darüber nach. Denn soviel Zeit muß ein.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Fortsetzung von Seite 1:

Energiewirtschaftliche Zukunft gestalten

Wichtiger als der Besitz der Netze sind folgende Aktivitäten:

– Der Ausbau und die Entwicklung der Energieerzeugung und der Einstieg in den Energiehandel. Hierbei können und müssen die kommunalen Unternehmen eine wichtige Rolle spielen. Aktuell steht diese Diskussion im Zusammenhang mit dem Energie- und Klimakonzept der Stadt Eberswalde an.

– Unterstützung der gemeinsamen Bemühungen des Landkreises und seiner Kommunen zur Bildung von Einkaufsgemeinschaften, wie im letzten Kreistag beschlossen, an denen sich Eberswalde beteiligt.

Die Stadt hat allen Grund, sich von den vier Energiegiganten unabhängiger zu machen (die

auch schon mal als die neuen vier Besatzungsmächte bezeichnet wurden). Bis zum letzten Bürger ist die Erkenntnis gedungen, daß die Energiepreise nichts mehr mit den tatsächlichen Kosten zu tun haben, sondern Monopolpreise sind.

Für die Stadt Eberswalde gilt es, effektivste Lösungen der Energiegewinnung und –verteilung zu suchen und zu realisieren. Diese Lösungen müssen das Attribut haben: dezentral und regional, regenerativ und bürgernah, innovativ und zukunftsfähig, umwelt- und sozialverträglich (siehe: »Ilmenauer Signal«).

Es gilt also die energiewirtschaftliche Zukunft von Eberswalde zu gestalten – das gehört in den Mittelpunkt der Debatte!

Zukunftswerkstatt Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Herausforderungen, Potenziale und Chancen der Stadt hat die »Zukunftswerkstatt Eberswalde 2030« diskutiert. Dazu waren am 26. November Brandenburger Landtagsabgeordnete, Unternehmer und Wissenschaftler der Einladung von Bürgermeister Friedhelm Boginski gefolgt. Vor dem Hintergrund von 20 Jahren erfolgreicher Stadtsanierung diskutierte die Runde die Perspektiven der Stadt und gemeinsame Handlungsansätze. Einig waren sich die Beteiligten darin, daß nur mit ausreichenden Arbeitsplatz- und Bildungsangeboten die Stadt als attraktiver Wirtschafts-, Hochschul- und Lebensstandort gestärkt werden kann. Die in den nächsten Jahren anstehende altersbedingte Neubesetzung eines großen Anteils der bestehenden Arbeitsplätze in Eberswalde ist eine zentrale Herausforderung für die Wirtschaft und die Stadt. Die damit auch verbundenen Chancen für das »Halten« junger Eberswalder und das »Gewinnen« von neuen Eberswaldern wurden von allen Teilnehmern als erheblich eingeschätzt. Zur Nutzung dieser Chancen wurden u. a. folgende Handlungsansätze diskutiert:

– Das Verhältnis von Eberswalde zur Metropole Berlin muß realistisch bewertet werden, die Lebensqualitäten Eberswaldes und die gute Erreichbarkeit sollten selbstbewußter vermarktet werden.

– Die Stadt sollte sich stärker als »Entwicklungsraum« für Unternehmen, Studenten und Familien positionieren.

– »Nachhaltiges Eberswalde« als übergeordnete Strategie für die weitere Entwicklung der Stadt mit der Region (mit der HNEE als Partner hat Eberswalde ein Alleinstellungsmerkmal!)

– Die Qualitäten der Stadt offensiver bewerben. Im Fokus innovative Arbeitsplätze, günstige Gewerbeflächen, gut ausgestattete Schulen sowie Naherholungsqualitäten der Region.

Gerade in der Vermarktung sahen alle Teilnehmer einen Ansatz für gemeinsame Aktivitäten. Es gelte, mit noch mehr Mitstreitern für die Eberswalder Perspektiven zu werben. Die engagierte Diskussion soll 2013 mit einem erweiterten Kreis von Partnern fortgesetzt werden, um konkrete Aktivitäten abzustimmen.

Teilnehmer der Zukunftswerkstatt waren: Axel Vogel (MdL Bündnis 90/Die Grünen), Gregor Beyer (MdL FDP), Dr. Michael Egidius Luthardt (MdL Die Linke), Peter Mauel, René Hoffmann und Rüdiger Platz vom Unternehmensverband Barnim e.V., Prof. Dr. Wilhelm Günther Vahrson, Kathrin Houda, Prof. Dr. Mario Stoffels und Claas Cordes von der HNEE sowie von der Stadtverwaltung Bürgermeister Friedhelm Boginski und die Dezernenten Lutz Landmann, Anne Fellner, Regina-Dolores Stieler-Hinz und Bellay Gatzlaff.

Eberswalder Neujahrsempfang

Eberswalde (bbp). Der Neujahrsempfang 2013 der Stadt Eberswalde findet am zweiten Sonntagabend im Januar auf dem Gelände der Barnimer Busgesellschaft in der Poratzstraße 68 statt. Bürgermeister Friedhelm Boginski lädt alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde herzlich ein.

»Lassen Sie uns zu Beginn des neuen Jahres«, schreibt der Bürgermeister in seiner Einladung, »gemeinsam die vergangenen Monate Revue pas-

sieren und einen Ausblick auf die kommende Zeit, mit all ihren Chancen und Herausforderungen nehmen«. Die Barnimer Busgesellschaft sorgt über das ganze Jahr hinweg für gute Verbindungen. Darüber hinaus stehe das Unternehmen für den Betrieb des Eberswalder Wahrzeichens auf Rädern, dem Obus.

Der Neujahrsempfang am 12. Januar in der Poratzstraße 68 beginnt um 16 Uhr. Einlaß auf das Gelände der Busgesellschaft ist ab 15 Uhr.

TWE mit verringertem Verlust Neuer Ortsvorsteher

Im November, mit zwei Monaten Verspätung, hatte die Stadtverwaltung den Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde vorgelegt (BBP 12/2012). An vier Gesellschaften ist die Stadt unmittelbar beteiligt. Die TWE Technische Werke Eberswalde GmbH und die WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH gehören ihr zu 100 Prozent.

Die TWE kann sich gemäß Gesellschaftervertrag einer Vielzahl von Unternehmenszwecken widmen. Vieles davon steht nur auf dem Papier, wie die Versorgung der Stadt Eberswalde mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser bzw. der Beteiligung an Unternehmen, die solches zum Gegenstand haben. Das Ansinnen, auf diesem Gebiet im Rahmen der Rekommunalisierung der Energienetze tätig zu werden, konnte dank einem vom Gesellschaftervertreter und dem Aufsichtsrat abgenickten Auftragsgutachten abgewimmelt werden.

Tätig sind die TWE als Betreiber eines Hafens, von Sportanlagen und Schwimmbädern, von Gaststätten sowie als Immobilienverwerter. Das Portfolio umfaßt somit mindestens drei völlig unterschiedliche Geschäftsfelder, womit auch hinreichend erklärt sein mag, warum innerhalb der Gesellschaft nur wenig Interesse an der Übernahme einer weiteren nicht einfachen Aufgabe bestand. Der Geschäftsführer Horst Schaefer – einst vom 2006 abgewählten Bürgermeister Reinhard Schulz, der Schaefer aus seiner Zeit als Finowfurter Amtsdirektor kannte, in den Job geholt – steht wenige Jahre vorm verdienten Ruhestand. Zu wenig Zeit, um noch eine neue anspruchsvolle Aufgabe anzufangen.

Die aktuelle Situation hat Schaefer im Griff. Bereinigt um Sondereffekte lag der Jahresverlust in den Jahren 2008 bis 2010 jeweils bei etwa 1,7 bis 1,8 Millionen Euro (BBP 10/2011). Für das Jahr 2011 weisen die TWE einen Verlust von 1,4 Millionen Euro auf. Sondereffekte sind diesmal nicht ersichtlich. Das Rohergebnis, also der Umsatz und sonstige Erträge reduziert um den Materialaufwand, liegt 2011 leicht über dem des Vorjahres. Es sind insbesondere geringere Kosten und ein verbessertes Finanzergebnis, die für das bessere Betriebsergebnis sorgen.

Als problematisch sieht die Geschäftsführung den Rückgang des Umsatzes. Die Besucherzahlen im Sportzentrum stagnieren und gehen vor allem in der höherpreisigen Sauna

zurück. Der Güterumschlag im Hafen ging um rund 25.000 Tonnen auf 356.000 Tonnen zurück, von denen nur 206.000 Tonnen über den Wasserweg transportiert wurden. 150.000 Tonnen entfallen auf den Transportträger Schiene. Wie sich die Spartenergebnisse finanziell darstellen, wird leider nicht dargelegt.

Im Jahr 2011 avancierten so die »sonstigen betrieblichen Erträge« zur größten Einnahmequelle des Unternehmens. Investitionen von und für die Firma MEGA Tierernährung GmbH & Co. KG sollen künftig die Grundaustattung des Hafens verbessern. Nach neuerlichem Betreiberwechsel im August 2011 soll auch das Restaurant im Geschäftsbereich Finowkanal-Park zur Ruhe kommen. Für den Geschäftsbereich Liegenschaften weist der Beteiligungsbericht eine stabile Entwicklung aus.

Gefahren sieht die Geschäftsführung im Bereich Sportzentrum. Ohne Unterstützung durch die Stadt werden die TWE Sport- und Schwimmhalle »mittelfristig« nicht mehr betreiben können. Lösungen außerhalb einer Bezuschussung durch die Stadt sieht die Geschäftsführung nicht. Zumal die Funktion als Geldanleger wegen der bald aufgebrauchten Rücklagen immer weniger wahrgenommen werden kann. Das gesunkene Zinsniveau habe jedoch Vorteile für die Schulden der TWE. In den nächsten 10 Jahren könnten so die Zinszahlungen reduziert werden. Ein Geschäftserfolg, für den der Geschäftsführer gar nichts machen mußte.

Infolge des realisierten Verlusts reduzierten sich die flüssigen Mittel um 1,1 Millionen Euro. Einschließlich Wertpapieren verfügten die TWE Ende 2011 noch knapp 12 Millionen Euro an liquidem Barkapital. Ob die angelegten Wertpapiere tatsächlich werthaltig sind, weist der Beteiligungsbericht selbstverständlich nicht aus. Allerdings weist die Gewinn- und Verlustrechnung für 2011 schon mal eine Abschreibung auf Finanzanlagen in Höhe von 15.000 Euro aus. Näher erklärt wird das nicht.

GERD MARKMANN

Eberswalde (bbp). Auf der Stadtverordnetenversammlung am 22. November 2012 hatte der Ortsvorsteher für die Stadtteile Nordend, Leibnizviertel und Westend Hans Pieper (DIE LINKE) mitgeteilt, daß er zum Jahresende sein Amt niederlegen werde. Die Neuwahl durch die Stadtverordnetenversammlung wurde auf den 13. Dezember festgesetzt. Auf die Möglichkeit, die Ortsvorsteheraufgaben selbst wahrzunehmen, verzichtete die Stadtverordnetenversammlung ohne besondere Beschlußfassung.

Bevor es am 13. Dezember zur Wahl kam schlug die Fraktion LINKSREBELL./Allianz freier Wähler allerdings vor, das Procedere auf März 2013 zu verschieben. Die Zeit solle genutzt werden, um die Bürgerinnen und Bürger stärker einzubeziehen. Unterstützung erhielt der Vorschlag u.a. aus der FDP-Fraktion.

Die Mehrheit der Stadtverordneten wollte aber eine schnelle Neuwahl. DIE LINKE hatte als Nachfolger ihren in Westend wohnenden Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Sachse vorgeschlagen. In der geheimen Wahl stimmten 17 Stadtverordnete für Wolfgang Sachse und 15 gegen ihn.

Rentenberatung

Auch im Jahr 2013 haben Rentempfänger die Möglichkeit, einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« unter Leitung von Frau Dr. Ruth Sommerfeld gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden einmal monatlich jeden zweiten Mittwoch im Monat statt.

Der nächste Termin ist am Mittwoch, den 9. Januar 2013, von 10 bis 13 Uhr, wie immer im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstraße 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Kleine Bäume

Eberswalde (bbp). Der Parkplatz des künftigen Einkaufszentrums auf dem Gelände der Alten Brauerei soll an den Rändern durch mittelkronige Laubbäume bepflanzt werden. Die zuständige Ortsvorsteherin Karen Oehler konnte dies nicht nachvollziehen und forderte auf der November Sitzung der Stadtverordneten die Anpflanzung großkroniger Laubbäume. Die Antwort kam Anfang Dezember von der Baudezernentin Anne Fellner. Danach bestehe für die Pflanzflächen entlang der Eisenbahnstraße eine Wachstumskonkurrenz zu den großkronigen Linden in der Eisenbahnstraße. Für die Bepflanzung der Stellplatzflächen hingegen stand der Erhalt der Blickbeziehungen auf das Denkmal im Mittelpunkt der Erwägungen. Große Bäume stünden diesem Ziel im Wege.

Baumschutzsatzung abgelehnt

Eberswalde (bbp). Der wertvolle Baumbestand im Stadtgebiet sollte wirksamer geschützt werden und die Stadt sollte selbst über die Gelder aus dem Ersatzpflanzungsfonds verfügen können. Bündnis 90/Die Grünen und SPD hatten vorgeschlagen, eine Baumschutzsatzung für die Stadt Eberswalde zu erarbeiten (BBP 12/2012). Die Beschlußvorlage stand bereits am 22. November auf der Tagesordnung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung. Auf Antrag der SPD gab es eine namentliche Abstimmung.

Für den Antrag stimmten die Mitglieder der beiden Einreicherfraktionen, Carsten Zinn (Linksrebell./AfW), Albrecht Triller (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) sowie die beiden fraktionslosen Stadtverordneten Ingo Naumann und Dr. Hans Mai. Gegen eine Baumschutzsatzung waren die Fraktionen DIE LINKE, FDP/BFB, CDU und Freie Wähler sowie Dr. Günther Spangenberg (Linksrebell./AfW). Bei 12 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen wurde die Beschlußvorlage abgelehnt.

Gut, für Begriffserklärungen ist Wikipedia stets eine große Hilfe. Also suche ich dort nach »Zeiten knapper Kassen«. Die Antwort: »Der Artikel 'In Zeiten knapper Kassen' existiert in der deutschsprachigen Wikipedia nicht. Du kannst den Artikel erstellen«. Das erstaunt mich dann schon. Wenn es schon keine Definition für »in Zeiten knapper Kassen« gibt, so doch Aussagen, was diese Worte bedeuten: da heißt es beispielsweise: »'In Zeiten knapper Kassen' – immer wenn ernst dreinblickende Fernsehjournalisten einen Bericht mit diesen Worten ankündigen wissen wir: So schön wie es war wird es nie wieder«.

Versucht man der Bezeichnung »Zeiten knapper Kassen« mit dem gesunden Menschenverstand näher zu kommen, so erkennt man die inhaltbestimmenden Teile »Zeiten« und »knappe Kassen«. Es müßte also eine Zeitbeschränkung der knappen Kassen geben, denn sonst hätte es ja keinen Sinn von »in Zeiten« zu sprechen. Aber in meiner Zeit als Kommunalpolitiker seit der Wende war permanent von »Zeiten knapper Kassen« die Rede. Diese Zeiten hatten und haben keinen Anfang und kein Ende. Da müßte es eigentlich richtiger heißen: in »ewigen Zeiten knapper Kassen«, oder noch kürzer »die ewig knappen Kassen«.

Aber was sind denn nun »knappe Kassen«. Das bedeutet nicht etwa, daß die Kasse zu klein ist, um alles Geld aufnehmen zu können, was nicht ganz so schlimm wäre. Nein, es soll bedeuten, daß immer zu wenig Geld in der Kasse drin ist. Zu wenig, gemessen am Bedarf notwendiger oder gewünschter Ausgaben.

Die Kommunalverfassung legt fest: »Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, daß die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Dabei ist den Erfordernissen des gesamtgesellschaftlichen Gleichgewichts Rech-

»In Zeiten knapper Kassen«

Die Floskel wird Tag für Tag, Jahr für Jahr, zu allen Zeiten gebraucht. Aber was sind »Zeiten knapper Kassen«?

Als verantwortungsbewußter Kommunalpolitiker sollte ich das wissen. Kein Problem: da schaue ich im Internet nach und google »in Zeiten knapper Kassen«. Die prompte Antwort kommt in 0,16 Sekunden mit rund 1.000.000 Ergebnissen. Es ist also eine weltweite und allumfassende Erscheinung. Aber eine Erklärung oder Definition ist unter den 1.000.000 Ergebnissen nicht zu finden.

Und ferner: »Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen.«

Wenn es trotzdem zu »Zeiten knapper Kassen« kommt, dann wurden diese Grundsätze der Kommunalverfassung offensichtlich nicht beachtet, oder die gesteckten Ziele wurden nicht erreicht (was eigentlich nicht sein dürfte, wenn man den Erfolgsbilanzen des Eberswalder Bürgermeisters oder des Landrates Glauben schenken würde). Folglich müßte analysiert werden, was zu den »knappen Kassen« geführt hat. Welche Fehler wurden gemacht, welche Zielstellungen waren unrealistisch, welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus?

Permanente »Zeiten leeren Kassen« können danach nur als permanente Nichterfüllung der allgemeinen Haushaltsgrundsätze interpretiert werden. Eine solche Interpretation schreit förmlich nach Kritik und Selbstkritik der haushalterischen Arbeit und nach Prüfung der kommunalen Konzepte.

Aber das Gerede der Regierenden von »Zeiten knapper Kassen« ist keine Einladung zur kritischen bzw. selbstkritischen Überprüfung der Kommunalpolitik, sondern nur der Versuch, externe Faktoren für die Kassenentwicklung verantwortlich zu machen: die internationale Finanzkrise, die Finanzpolitik der Europä-

schen Union, der Bundesregierung und des Landes.

Wir leben »in Zeiten knapper Kassen« soll heißen, Abgeordnete und Bürger sollen sich zurückhalten mit ihren Erwartungen an haushaltsfinanzierte Leistungen, damit die Verwaltung freie Hand hat, die eigenen Zielstellungen zu verfolgen. Das soll ferner die Bereitschaft wecken bzw. fördern, den Bürgern neue Lasten aufzubürden, um die »knappen Kassen« auffüllen zu können.

Statt »von Zeiten knapper Kassen« zu reden, gehört die aktuelle Haushalts- und Wirtschaftspolitik auf den Prüfstand. Am Anfang muß eine Analyse insbesondere der eigenen Arbeit stehen mit der Fragestellung, wie es zur aktuellen Situation kommen konnte. Der Blick muß dabei besonders auf die heiligen Kühe gerichtet werden, die in der Regel die größten Haushaltsposten ausmachen. Im Ergebnis der Prüfung können nicht nur Einsparungen, womöglich noch an der falschen Stelle, stehen, sondern sind neue Lösungen bzw. wirksame Änderungen der Wirtschafts- und Haushaltspolitik erforderlich. Die knappen Kassen müssen zur Produktivkraft werden. Gebraucht werden also »kluge Köpfe für Alternativen«. Oder gar neue Köpfe?

ALBRECHT TRILLER

Grünanlagenpflege

Eberswalde (bbp). Die Stephanus-Werkstätten gGmbH aus Bad Freienwalde wird auch im Jahr 2013 die öffentlichen Grünanlagen in der Stadt Eberswalde pflegen. Der Jahresauftragswert beträgt 105.073,42 Euro. Eine jährliche optionale Vertragsverlängerung bis einschließlich 2017 ist vorgesehen.

Die Stephanus-Werkstätten hatten unter drei Bewerbern das günstigste Angebot abgegeben. Die KIS GmbH aus Eberswalde und Märkisch Grün aus Melchow verlangten für ihre Angebote etwa den zweieinhalbfachen Preis. Der Sonderstatus als anerkannte Werkstatt für Behinderte ermöglicht den Stephanus-Werkstätten einen deutlich günstigeren Preis, der aber trotzdem noch knapp 12.000 Euro über der verwaltungsinternen Kostenschätzung liegt.

Einen Vorrang haben die Werkstätten außerdem aufgrund der Richtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, nach der Werkstätten für Behinderte bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt berücksichtigt werden sollen.

Mehr Geld fürs Personal

Eberswalde (bbp). Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung waren im Jahr 2012 um satte 700.000 Euro teurer als ursprünglich geplant. Dabei waren im Haushaltsplan mit etwa 19,5 Millionen Euro Personalkosten für 2012 bereits zwei Prozent Mehrausgaben, knapp 390.000 Euro, für Tarifsteigerungen, Krankheitsvertretungen oder Mehrbedarf an Personal in Kitas und für den Winterdienst eingeplant worden. Doch das reichte nicht. Die Tarifsteigerung vom 1. März 2012 schlug mit 3,2 Prozent zu Buche zuzüglich der Erhöhung von Zulagen, der Ausbildungsentgelte, kinderbezogener Entgeltbestandteile sowie einer Sonderzahlung in den Entgeltgruppen E2 bis E8.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß im Plan 2012 eine Summe von 700.000 Euro für Personal weggefallen war, weil dank neuer Software laut Verwaltungsaussage die Personalabrechnung genauer geplant werden konnte (»Auf solider finanzieller Basis«, BBP 2/2012).

Um die zusätzlichen Personalausgaben zu finanzieren, wurden bereits beschlossene Ausgaben für die Unterhaltung der Grundschule



Schwärzese in Höhe von 300.000 Euro sowie für die Begutachtung der Konzessionsverträge in Höhe von 50.000 Euro zurückgestellt. Außerdem werden Mehreinnahmen aus Zinsen in Höhe von 150.000 Euro und aus Gewerbesteuern von 200.000 Euro verwendet. Letztere sollten ursprünglich für den Bau der Heizung im Tierpark Verwendung finden für den nunmehr ein Griff in die »Sonderrücklage aus den in der kameralen allgemeinen Rücklage angesammelten Mitteln für künftige Investitionen« beschlossen wurde.

Die Rücklage reicht länger

Neue Haushaltsplanung mit verringerten Fehlbeträgen

Eberswalde (bbp). Die finanzielle Situation der Stadt Eberswalde verbessert sich. Im aktuell beschlossenen Doppelhaushaltsplan 2013/14 werden insgesamt deutlich geringere Fehlbeträge für die kommenden Jahre prognostiziert als noch im Plan für 2012.

War ursprünglich im Jahr 2011 mit einem Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von 6,7 Millionen Euro gerechnet worden, hatte sich die Schätzung des Verlusts zum Zeitpunkt der Planung 2012 bereits auf 355.000 Euro reduziert. Im Ergebnis kam für 2011 ein Plus von mehr als 2,3 Millionen Euro heraus.

Bei der Verlustplanung für 2012 stimmt der aktuelle Plan mit dem des Vorjahres überein. Das Defizit soll wie gehabt 1,28 Millionen Euro betragen. Für die drei Jahre von 2013 bis 2015 liegt der geplante Fehlbetrag jedoch aktuell 1,2 Millionen unter dem vor einem Jahr angezeigten Betrag. Im Ergebnis reichen die Rücklagen länger, als noch vor einem Jahr geplant.

Dennoch wird im Vorbericht zum Haushaltsplan 2013/2014 mit schwarzen Farben gemalt, als gelte es, ja keine Begehrlichkeiten aufkommen zu lassen. Für die zwei nachfolgenden Jahre 2016 und 2017 liegt der vorausgesagte Fehlbetrag bei fast 5 Millionen Euro. Als ein Grund wird die jährliche Rückstellung für die Technischen Werke (TWE) von jeweils 1 Million Euro genannt, die aber schon aktuell wirksam ist. Die TWE wirtschaften seit dem Verkauf der Stadtwerkeanteile defizitär und haben den aufs Sparbuch geparkten Kaufpreis bald verbraucht, da die notwendige Sanierung des Kommunalunternehmens seit Jahren verschleppt wird.

Insgesamt erstaunt beim Vergleich der Planunterlagen 2012 und 2013/14, wie stark sich die Finanzsituation Eberswaldes verbessert hat. So liegen die geplanten Einnahmen 2013 sogar um 3,26 Millionen Euro über dem Ansatz von vor einem Jahr. Auch 2014 und 2015 sind es jeweils gut 3 Millionen Euro mehr. Für die Mehreinnahmen sorgen insbesondere die städtischen Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer (0,7 – 0,9 Mio), sonstige Zuwendungen und allgemeine Umlagen (1,5 – 1,7 Mio) sowie öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (0,4 – 0,5 Mio). Doch stehen den höheren Einnahmen auch größere Ausgaben entgegen (2,5 – 2,9 Mio). Deutliche Unterschiede gibt es bei den geplanten Versorgungsaufgaben. Reichlich

600.000 Euro werden dafür pro Jahr mehr eingeplant als 2012 vorausgesehen. Damit verbunden ist eine Steigerung von 2012 auf 2013 auf das 2,6-fache. Für Sach- und Dienstleistungen werden 2013 fast 1,5 Millionen Euro mehr eingeplant, 2014 und 2015 dann jeweils 0,8 Millionen Euro mehr. Schließlich liegen auch die Transferausgaben nach neuem Plan 2013 und 2014 um rund 1 Millionen und 2015 um 1,6 Millionen Euro über dem Planansatz des 2012er Haushaltsplans. Hier dürfte insbesondere die Kreisumlage eine Rolle spielen, die entsprechend den Einnahmen ansteigt.

Der Vorbericht zum Haushalt ist Bestandteil der beschlossenen Haushaltssatzung. Er soll in konzentrierter Form einen Überblick über die gesamte Haushaltssituation geben. Leider können sich Uneingeweihte, wie beispielsweise Bürgerinnen und Bürger, die mal einen Blick in den Haushalt werfen wollen, schon im Vorbericht leicht im Zahlengewirr verirren. Da werden in der einen Tabelle die Fehlbeträge im Gesamthaushalt, im nächsten Diagramm aber jener, der sich aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt. Daß es dann auch noch einen Fehlbetrag aus »laufender Verwaltungstätigkeit« gibt macht die Verwirrung vollständig, zumal auf eine Erläuterung großzügig verzichtet wird. Schließlich kann das ja in der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) nachgelesen werden. Dort ist in § 4 der Ergebnishaushalt definiert. Demnach gibt es drei verschiedene Posten, welche die Erträge (oder eben die Fehlbeträge) des Ergebnishaushalts zusammenfassen. Da ist erstens das »Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit«, zweitens das »ordentliche Jahresergebnis«, hier wird das Finanzergebnis mit einberechnet, und schließlich das »Gesamtergebnis«, zu dem zusätzlich auch noch das »Außerordentliche Jahresergebnis« zählt. Allein mit diesen drei Posten, ordentlich gemischt, kann ein großer Teil des Vorberichts ausgefüllt werden, ohne daß man sich mit neuen Erkenntnissen plagen muß. Sowas ist dann Transparenz.

GERD MARKMANN

Kostenübernahme für Weihnachtslichter

Eberswalde (bbp). Die Stromkosten für die Weihnachtsbeleuchtung in der Eisenbahnstraße hat die Stadtverwaltung bezahlt. Das geht aus der Antwort auf eine entsprechende Anfrage der Stadtverordneten Monique Schostan (CDU) hervor. Die Kostenübernahme erfolge »als Anschlag für das unternehmerische Engagement im Rahmen der Initiative 'Eisenbahnstraße-Kooperation konkret', heißt es in der schriftlichen Antwort des Wirtschaftsamts-

leiters Dr. Jan König. Die Stadtverwaltung unterstütze darüber hinaus »eine Vielzahl privat initiierter Interessenzusammenschlüsse. Dabei ist die Unterstützung aufgrund der Wünsche der Interessenverbände als auch der begrenzten Handlungsmöglichkeiten der Stadt unterschiedlich in ihrer Ausprägung, Auswirkung sowie zeitlicher und finanzieller Dimension.« Eine Benachteiligung des Altstadtcarreés, wie von Monique Schostan vermutet, sieht Dr. König nicht.

Buchtip:

Die Kinder des Sysifos

In seinem Zeitroman »Die Kinder des Sysifos« schildert der in Köln lebende Schriftsteller Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989.

In neun Folgen druckt die Monatszeitung CONTRASTE (www.contraste.org) Auszüge, in denen von selbstorganisierten Aktionen oder der Suche nach Wegen zu einer solidarischen Gesellschaft erzählt wird.

Das mehr als zweitausendseitige Epos ist in vier Bänden erschienen. Jeder der Romane kann auch für sich gelesen werden.

KARL DIETZ

Die Vorleserin

Am bundesweiten Vorlesetag im November 2012 besuchten die 13 Vorschulkinder der Kita »Arche Noah« mit ihren Erzieherinnen Frau Künnemann und Frau Neumann die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (DIE LINKE).

In ihrem Wahlkreisbüro in der Breiten Straße in Eberswalde wurden wir sehr liebevoll empfangen. Alle Kinder schauten mit großen Augen, wie so ein Büro einer Frau aus dem Bundestag aussieht. Nachdem alle Fragen zum Büro geklärt waren und die



Kinder noch eine Überraschung erleben sollten, wurden die Augen nie kleiner. Im Gegenteil, es wurde nur noch interessanter. Alle sollten wir Frau Stüber folgen. Die Kinder waren gespannt. Wir gingen gemeinsam in ein anderes Zimmer, wo bereits ein Stuhlkreis, ein liebes Buch mit Kindergeschichten – die bereits die Erzieherinnen als Kinder gern gehört hatten – und ein Tisch mit vielen Leckereien auf uns warteten. Als alles angesehen und die Naschereien probiert waren, konnten wir alle zuhören. Es war sehr interessant für uns und allen hatten großen Spaß dabei. Leider war nach 90 Minuten die Zeit für uns vorbei.

Wir möchten uns noch einmal auf diesem Wege bei Frau Stüber von den LINKEN recht herzlich bedanken, für all die schönen Geschichten und die tollen Überraschungen, die wir noch alle mitnehmen durften.

ANNETTE NEUMANN,
Erzieherin der Kita »Arche Noah«

Barnimer Bürgerpost

abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Webers Ablage:

Landkreis agiert unsozial

Die Erklärung der Kreisverwaltung zum Fall der gekündigten Mitarbeiterin des Altenpflegeheims Webers Ablage entspricht nicht der Wahrheit. Es trifft nicht zu, daß das Arbeitsverhältnis auch ohne Rechtsträgerwechsel nicht hätte verlängert werden können. Die Mitarbeiterin war bereits 3 Jahre befristet im Altenpflegeheim beschäftigt. Aufgrund eines Urteils des Arbeitsgerichtes, das ihrer Klage auf Entfristung des Arbeitsverhältnisses stattgab, ist ihre Weiterbeschäftigung für den Landkreis rechtsverbindlich.

Aufgrund dieses am 25. Oktober verkündeten Urteils ist die Mitarbeiterin unbefristet beim Landkreis angestellt. Daß der Landrat der zweifachen Mutter am 1. Oktober eine betriebsbedingte Kündigung aussprach, ist höchst unsozial und widerspricht der gegebenen Zusage zur Weiterbeschäftigung aller Pflegekräfte. Dies auch vor dem Hintergrund, daß die Mitarbeiterin nach Aussage von ver.di über eine kaufmännische Berufsausbildung, verschiedene weitere erworbene Qualifikationen und Berufserfahrung verfügt.

Wie aus Unterlagen der Gewerkschaft ver.di weiter hervorgeht, setzte der Landrat in Vertretung durch Herrn Bockhardt bereits im Juni dieses Jahres die Pflegeheimmitarbeiter in persönlichen Schreiben unter Druck. Im Falle eines Widerspruchs zum Übergang des Arbeitsverhältnisses auf den neuen Betreiber drohe die Beendigung der Anstellung, da aufgrund des Betriebsüberganges ihr bisheriger Arbeitsplatz beim Landkreis ersatzlos wegfallen und ggf. eine alternative Beschäftigungsmöglichkeit nicht existiere. Die Unterschrift unter den Arbeitsvertrag beim neuen Betreiber hätte jedoch eine Einkommenseinbuße von ca. 600 Euro bedeutet.

Unterdessen sind die in die Kreisverwaltung übernommenen Mitarbeiter auch hier von deutlichen Gehaltseinbußen bedroht. Noch haben sie keine neuen Arbeitsverträge angeboten bekommen. Die Kreisverwaltung beabsichtigt jedoch offenbar, sie aufgrund der zugewiesenen neuen Tätigkeiten deutlich niedriger einzustufen.

Bündnis 90/Die Grünen fordern vom Landrat, die betriebsbedingte Kündigung der Pflegekraft zurück zu nehmen und ihr eine ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit anzubieten. Die anderen ehemaligen Mitarbeiter von Webers Ablage sind fair zu behandeln und in ihren Rechten nicht schlechter zu stellen.

UTE KRAKAU, Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Barnim

Konzept für Stadteingänge

Eberswalde (bbp). Das Bild, das Gäste von einer Stadt bekommen, hat nicht wenig mit der Gestaltung der Stadteingänge zu tun. Sie stellen »die Visitenkarte einer Stadt« dar, wie es die städtische Baudezernentin Anne Fellner formulierte. Das Thema war bereits im Frühjahr 2012 im Sanierungsbeirates kurz angesprochen worden und war auch Thema in den Beratungen des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt.

Dabei ist in einer Bandstadt wie Eberswalde schon die Definition, wo sich die Stadteingänge befinden, gar nicht so einfach. Daher griff die Stadtverwaltung auf externen Sachverständigen zurück und beauftragte nach entspre-

chendem Ausschreibungsverfahren für 23.000 Euro das Planungsbüro GRUPPE PLANWERK BERLIN mit Untersuchungen »zur Aufwertung und Attraktivierung der verschiedenen Stadteingangsbereiche«. Erste Ergebnisse wurden im November auf einem Workshop den Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt.

Das Konzept zu den Stadteingängen, so Fellner, werde »nicht nur eine Analyse der aktuellen Situation enthalten, sondern einen gesamten konzeptionellen Planungsprozeß«, in dem Leitbilder erarbeitet, Politik und Interessengruppen beteiligt sowie Maßnahmen und Lösungen vorgeschlagen und in einer entsprechenden Plandarstellung visuell aufbereitet werden.

Besuch in Wandlitz

SPD-Kreistagsfraktion besucht die neue Unterkunft für Asylbewerber in Wandlitz

Mitglieder der SPD-Fraktion des Kreistages Barnim besuchten am 13. Dezember die Baustelle der neuen Unterkunft für Asylbewerber in Wandlitz. Dezernentin Silvia Ulonska informierte die Abgeordneten über den Stand der ca. 250.000 Euro kostenden Umbauarbeiten und führte die Mandatsträger durch das Gebäude.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion äußerten sich zufrieden über die gute Qualität des künftigen Wohnheimes. Daß die Kirchengemeinden in Wandlitz und einzelne Bürger der Gemeinde bereits zugesagt haben, die Flüchtlinge zu unterstützen, begrüßte die SPD-Fraktion.

Die an den Ausschuß für Soziales verwiesenen Anträge der Kreistagsfraktionen von SPD, CDU und Linken sehen eine Neuordnung der



Barnimer Asylpolitik vor. »Möglichst rasch sollen sich nun die Fraktionen im Ausschuß auf eine gemeinsame Position festlegen« äußert sich Ausschußmitglied Uwe Voß.

PETRA BIERWIRTH,
SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Barnim

Aktionsfonds Eisenbahnstraße 2013

Eberswalde (prest-ew). Für das Quartier Eisenbahnstraße steht ab sofort wieder ein Aktionsfonds bereit. Daraus können Projekte der Anwohner, Eigentümer, Gewerbetreibenden und anderer Akteure in Eigenregie umgesetzt werden. »Unterstützt werden kleinere, in sich abgeschlossene Maßnahmen, die kurzfristig und unbürokratisch umgesetzt und finanziert werden sollen. Dazu zählen unter anderem Investitionen zur Profilierung des Standortes, zur Verbesserung des Standortimages sowie zur Standortaufwertung. Besonders gefördert werden Projekte, die dazu beitragen, Kooperationen in der Eisenbahnstraße ins Leben zu rufen und zu stärken. Für das Jahr 2013 werden insgesamt 18.000 Euro zur Verfügung gestellt«, erklärt Silke Leuschner, Amtsleiterin für Stadtentwicklung. Je Antrag können maximal 2.000 Euro bewilligt werden, die förderfähige Unternehmungen erhalten einen Zuschuß von 50 bis maximal 100 Prozent. Die Einreichungsfrist ist der 31.10.2013 bzw. der Zeitpunkt, an dem die Fördergelder ausgeschöpft sind.

Im Jahr 2012 wurden fünf Projekte in Höhe von insgesamt 9.000 Euro aus dem Aktions-

fonds unterstützt, darunter verschiedene Fassadensanierungen sowie die neue LED-Weihnachtsbeleuchtung für die Eisenbahnstraße.

Die Richtlinie zum Aktionsfonds sowie das Antragsformular können von der Internetseite www.eisenbahnstrasse-eberswalde.de heruntergeladen werden, ebenso werden dort die 2012 bewilligten Projekte vorgestellt. Beratungen zur Inanspruchnahme der Aktionsfondsmittel führt der Eisenbahnstraßenkoordinator Jan Schultheiß durch. Er ist unter der Telefonnummer 03334/2996626 oder per E-Mail: info@eisenbahnstrasse-eberswalde.de zu erreichen. Jeden Montag von 17 bis 19 Uhr ist Jan Schultheiß persönlich in der Eisenbahnstraße 30 ansprechbar.

Das Quartier Eisenbahnstraße ist in das Forschungsfeld »Kooperation konkret, Experimenteller Wohnungs- und Städtebau« des Bundes aufgenommen. Gemeinsam mit den Immobilieneigentümern, den Gewerbetreibenden und den Menschen vor Ort soll versucht werden, neue Impulse zu setzen und die Attraktivität des Quartiers zu erhöhen.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

Telefon: 0 33 34 / 35 65 42
Fax: 0 33 34 / 25 92 10

DDR-Schulgeschichte:

Patriotismus bei Heinrich Heine

Der Exil-Dichter als »Katalysator« für Nationalbewußtsein

Das Heft 3/2012 der Referate-Zeitschrift »Das historisch-politische Buch« (HPB) – die ich nur eingeschränkt empfehlen kann – brachte eine Besprechung von H. Grieser zur 2011 in Bielefeld erschienenen Dissertation von Astrid Henning »Die erlesene Nation«. Die Autorin untersucht an einem Bestand von 40 Abitur-Aufsätzen aus dem Heine-Jahr 1956, ob und wie die Schüler sich mittels der Aufsätze eine »nationale Identität« erschrieben bzw. »erlesen« hätten, was sie in schönstem Hochschul-Sprech »nationale Selbstverortung« nennt.

Im »pädagogischen Prozeß in der Schule« sei Heine als Identifikations-Vorbild dargestellt worden. Im Hinblick auf die »Wissens- und Machtpraktiken« (wohl generell im Lehrer-Schüler-Verhältnis gemeint?) hätten sich die Schüler »aus Text und Textvermittlung ... zwischen Unterwerfung und Widerstand« ein individuell geprägtes Nationalbewußtsein geformt. Der leicht irritierte Rezensent erinnerte dabei an »patriotische Töne« bei Heine.

Zufällig gehöre ich zu jenem Abitur-Jahrgang, habe auch noch meinen Heine-Aufsatz in der Schublade und wunderte mich zunächst sehr. Der nach Frankreich exilierte Dichter des »Wintermärchen«, der die »rheinischen Vo-

gelschützen« auf den Preußen-Adler hetzen wollte, dessen Weber für Deutschland »Ein Fluch dem falschen Vaterlande« ins Leichentuch webten, dem 1848 »die schwarz-rot-goldene Fahn', der altgermanische Plunder« alle Freiheitsillusionen raubte – ein Patriot?

Ja, er war Patriot jenes ersehnten anderen Deutschland, das er nie erlebt hat. Und Frau Henning entdeckt an den Heine-Aufsätzen, es müsse trotz des – lt. Rezension – gesamtdeutsch orientierten Nationalbewußtseins der meisten DDR-Deutschen »auf Grund der differierenden Inhalte und Kulturen ... von einer DDR-typischen nationalen Identität gesprochen« werden. Diese gründe emotional auf einer Heimat, in der »soziale Rechte in der Verbindung Arbeit = Abwesenheit von Armut gewährleistet« waren. Also, der an der eigenen Nation leidende, ja verzweifelte Dichter, der Anti-Patriot als »Katalysator« einer eigenen DDR-Identität.

Ob so weitreichende Schlüsse anhand einer einzelnen Persönlichkeit solide genug begründet werden können, bleibt zu fragen, auch, wie weit Lektüre Identität prägen kann. Die Rolle der sozialen Praxis wird vielleicht bei der interessanten These der Dissertation unterschätzt.

ROLF RICHTER

2. Klimatisch Eberswalde:

Energiapolitisches Leitbild in Arbeit

Eberswalde (bbp). In der Stadt Eberswalde wird an einem »Integrierten energie- und Klimaschutzkonzept« gearbeitet. Anfang Dezember berieten Kommunalpolitiker, Verwaltungsmitarbeiter und Fachleute beim »2. Klimatisch Eberswalde« über den aktuellen Stand.

Dr. Carlo Becker von der Firma bgmr Landschaftsarchitekten sowie Christoph Lange und Uwe Schwarz von BLS Energieplan berichteten über den bisher erreichten Arbeitsstand, über Zwischenergebnisse mit besonderem Fokus auf die Energie- und CO₂-Bilanz, Potentiale und mögliche Szenarien sowie die Zielsetzung des 2. Klimatischen. Diese bestand darin, erste Bausteine für ein energipolitisches Leit-

bild für Eberswalde zu entwickeln, Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken zu identifizieren.

Die Firma bgmr Landschaftsarchitekten gründete sich 1987 und verfügt über Büros in Berlin und in Leipzig. Das Ingenieurbüro beschäftigt neben den vier Gesellschaftern etwa 10 Ingenieure sowie weitere Hilfskräfte.

Auch die BLS Energieplan GmbH ist bereits seit 25 Jahren im Geschäft. Neben der Hauptniederlassung in Berlin verfügt der Betrieb mit insgesamt 87 Mitarbeitern Filialen in Greifswald, Eisenhüttenstadt, München/Garching und Frankfurt/Main sowie über Tochtergesellschaften in Luxemburg und Bulgarien.

»Telekomstraße« reaktivieren

Eberswalde (spd/bbp). Die Beschlußvorlage zur Wiederbefahrbarmachung der sogenannten »Telekomstraße« (L293), eingereicht von der SPD-Fraktion, haben die Eberswalder Stadtverordneten auf ihrer Sitzung am 13. Dezember zurück an die Ausschüsse verwiesen.

Die Straße »ist eine alte wichtige Ortsverbindung zwischen Biesenthal und Finow, deren Nutzung für viele Verkehrsteilnehmer eine Verkürzung der Strecke zwischen beiden Orten darstellen wür-

de«, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Hardy Lux. »Die Telekomstraße wieder befahrbar zu machen«, meint sein Fraktionskollege und Initiator der Beschlußvorlage Ringo Wrase, »ist ein Anliegen, was die SPD schon seit vielen Jahren ins Rollen zu bringen versucht«.

Wrase hofft, daß viele Stadtverordnete dem Vorhaben folgen werden. »Dann ist auch der Weg frei, nach bereits bestehenden Fördermöglichkeiten Ausschau zu halten.«

Geld für Kanalbrücken

Die beiden Straßenbrücken an der Havel-Oder-Wasserstraße sollen angehoben werden. Die Bundesregierung hat beschlossen, dem zuständigen Verkehrsministerium zusätzliche 750 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Das ist eine gute und wichtige Entscheidung für die ostdeutsche Infrastruktur. Ich habe mich auch im Landtag seit langem für diese Maßnahme stark gemacht. Nun wird zusammen mit dem im Bau befindlichen Schiffshebewerk Niederfinow ein effektiverer Frachtverkehr auf der Wasserstraße möglich.

Ich freue mich, daß sich damit auch die vielfältigen Aktivitäten in der Region, so auch der Besuch des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium Jan Mücke auf Einladung des Eberswalder Bürgermeisters Friedhelm Boginski ausgezahlt haben. GREGOR BEYER

Arroganz der Macht

Neue Hürden für Umweltverbände

Die Regierungskoalition hat im Bundestag ein Gesetz zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz beschlossen. Ein solches Gesetz ist überfällig, denn schon im Mai vorigen Jahres hatte der Europäische Gerichtshof mit seinem Urteil die Anpassung des Gesetzes an EU-Recht gefordert. Doch was jetzt auf dem Tisch liegt, wurde von der Regierungskoalition abgelehnt, obwohl es in keiner Weise das EU-Recht umsetzt. Im Gegenteil, die Klagebeschränkungen für die Verbände werden noch ausgeweitet. Damit wird das Gesetz wieder vor dem EuGH landen und dann in die nächste Runde geschickt. Alle Hinweise der Experten, Vorschläge aus den Reihen der Opposition, alles umsonst, nichts findet sich in der Novelle wieder. Diese Bundesregierung ist beratungsresistent, geändert wurden einige Formalien, nicht aber die inhaltlichen Mängel. Das ist nicht einfach schlechtes Handwerk, das hat Methode und ich nenne es Arroganz der Macht. Mehr kann ich dazu nicht sagen. SABINE STÜBER

Hintergrund: Es geht um mehr Bürgerrechte in Umweltfragen, um das Recht auf vollständige Informationen bis hin zu uneingeschränkten Klagemöglichkeiten gegen Beeinträchtigungen der Umwelt auch für kommende Generationen. Die europäischen Länder haben das mit einer Vereinbarung, der Aarhus-Konvention, 2001 im Völkerrecht verankert. Erst 2006 hat der Bundestag dazu ein Gesetz, das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz, verabschiedet. Allerdings gab es darin europarechtlich unzulässige Beschränkungen der Klagemöglichkeiten. Auf eine Klage des BUND fällt der Europäische Gerichtshof im Mai 2011 ein Grundsatzurteil, das das Klagerecht von Umweltverbänden gestärkt hat. Die BRD muß nun das 2006 beschlossene Gesetz an europäisches Recht anpassen. Bis dahin können sich anerkannte Umweltvereinigungen zur Durchsetzung ihrer Klagerechte unmittelbar auf europäisches Recht berufen.

Frage 1: Welchen Trick hat der ZWA Eberswalde angewandt, um zeitweilig die Altanschließer-Diskussion vom Tisch zu haben und was kostet es die Bürger (Eigenheimer)?

Antwort: Es gibt keinen Trick. Diesmal nicht. Im Bereich des ZWA Eberswalde ist die Altanschließer-Problematik nicht zeitweilig vom Tisch, sondern endgültig, wobei endgültig natürlich relativ ist. Der ZWA sah sich im Ergebnis hunderter verlorener Verwaltungsgerichtsverfahren gegen Anschlußbeiträge gezwungen, von der Beitrags- und Gebührenfinanzierung auf reine Gebührenfinanzierung umzustellen. Trotzdem versucht er jetzt immer wieder, für Neuanschlässe Beiträge zu kassieren. Das klappt zuweilen, weil viele vertrauenselig sind, sich selbst für schlau genug halten, um sich nicht beraten zu lassen, oder weil sie schlecht beraten werden. Man muß nämlich zwischen Erschließungsbeiträgen und Grundstücksanschlußkosten unterscheiden.

Grundstückanschlußkosten sind die Kosten für die Leitung vom Kontrollschacht bis ins Haus, die trägt grundsätzlich der Grundstücksnutzer selbst, auch bei Gebührenfinanzierung. Bei der Herstellung des Grundstücksanschlusses ist er also auch der Auftraggeber und er kann sogar selbst Hand anlegen, wenn er will. Es ist wichtig, Beitragsbescheide genau zu prü-

»Freiwilligendienste« FÜR ALLE

Ehrenamtliche Arbeit hat eine lange Tradition. Doch bereits in den 80er Jahren hat Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin aus Berlin, zu dieser Frage publiziert. In ihrem neuen Buch unterstreicht sie, daß viele soziale Projekte und Einrichtungen im Sozial- und Kulturbereich nicht mehr bestünden, wenn »freiwillige« MitarbeiterInnen nicht für ihr Fortbestehen sorgen würden. Doch »Freiwilligendienste« sollen heute in Zeiten zunehmender Armut und Ausgrenzung – wie immer in der Geschichte – dazu beitragen, die Not der durch das kapitalistisch-patriarchale System Arm-Gemachten zu lindern und die Resozialisierung derjenigen zu unterstützen, die darin zu Fall gekommen sind. Das geht auch immer einher mit einer Kontrolle der Armen und Hilfsbedürftigen.

Schließlich werden nicht nur immer neue Begriffe für die »Gratisarbeit« erfunden, sondern auch immer neue Programme durch Bundesregierung und Wohlfahrtsverbände aufgelegt, die oft nichts weiter sind, als alter Wein in neuen Schläuchen.

Gisela Notz: »Freiwilligendienste« für alle

Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der »freiwilligen« Arbeit

ISBN 978-3-940865-28-1, 2012, 120 S., 10 €. Das Buch ist bei AG SPAK Bücher Neu-Ulm erschienen. www.agspak-buecher.de

Drei Fragen drei Antworten

Zu aktuellen Problemen bei Wasser und Abwasser im Barnim

von Johannes Madeja

Neulich hat mir ein guter Freund, eifriger Leser der BBP, drei Fragen gestellt. Ein Fragesteller ist ein Indikator für viele andere, welche die Antworten auch nicht wissen, denen aber die Fragen dazu gar nicht erst eingefallen sind. Deshalb für alle, die sich um unser aller wichtigstes Lebensmittel sorgen, auch darum, wie sie es bezahlen sollen, hier die Fragen und die Antworten.

fen und sie vorzugsweise zurückzuweisen, wenn berechtigte Zweifel bestehen.

Es gelingt dem ZWA immer noch und immer wieder, die scheinbar unterschiedliche Interessenlage von Mietern und Eigenheimern gegeneinander auszuspielen. Ausdruck dessen ist ein z. T. anhängiges Normenkontrollverfahren zu Grundgebühren. Die Kläger streben eine Besonderstellung von Eigenheimbesitzern im Vergleich zu Mietern an. Sollten die Kläger Erfolg haben wird der ZWA versuchen, erneut eine Beitragsfinanzierung einzuführen. So konnten wir es schon in der Tagespresse lesen. Danach wären in der Tat auch in und um Eberswalde Altanschließerbeiträge dann ein Thema.

In Bernau, Biesenthal und Rüdnitz ist das Thema Altanschließerbeiträge hochaktuell. Es hat sich eine Bürgerinitiative konstituiert, die sich dagegen wehrt. Noch wurden keine Altanschließer-Beitragsbescheide verschickt. Das soll aber im Jahr 2013 passieren. Zunächst geht es dem Verband jetzt darum, von den neuangeschlossenen Grundstücken nachträglich noch zusätzliche Beiträge einzufordern. Hier geht es um die Berücksichtigung der gesamten Grundstücksgröße und der Bebaubarkeit. Überlagert wird dieser Prozeß von der Absicht der Stadt Bernau, den gemeinsamen Verband nach dem Beispiel der Gemeinde Panke- tal zu verlassen. Die Sache verspricht, undurchsichtig zu bleiben und die Bürger noch lange zu beschäftigen.

Frage 2: Ist der Austritt der Stadt Bernau aus dem Zweckverband bürgerfreundlich aus deiner Sicht?

Die Antwort auf die Frage nach der Bürgerfreundlichkeit lautet klar und deutlich jein!

Die Bernauer erhoffen sich finanzielle Vorteile. Die Biesenthaler wissen, jedenfalls sollten sie es wissen, daß Wasser und Abwasser für sie dann erheblich teurer wird. Deshalb müssen sie dagegen sein und sie sind es auch, werden aber weiter monieren, daß Bernau in der Verbandsversammlung immer die Mehrheit, also das Sagen hat. Rüdnitz steht zwischen Baum und Bork. Wenn Wasser zu teuer wird, dann werden sich die Rüdritzer von Bernau »schlucken« lassen. Dann sind sie auch »Bernauer« und profitieren von der Zerschlagung des Verbandes – nichts anderes bedeutet nämlich der Austritt des größten Mitglieds. Das Thema ist viel zu ernst und wichtig, um daraus politisches Kapital schlagen zu wollen, aber genau das tun einige sogenannte Kommunalvertreter derzeit, gerade solche, für die »Wasser« bisher kaum ein

Thema war. Nun werden sich auch die anderen Fraktionen in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung positionieren müssen. Es bleibt zu hoffen, daß sich Vernunft im Interesse aller Bürger am Ende durchsetzt.

Alle sogenannten »Akteure« haben keine ausgewogenen und gut durchdachten Konzepte. Ein Brief des Panketaler Bürgermeisters macht das deutlich. Deshalb gibt es auch noch keine Entscheidung. Eine Entscheidung zugunsten des Austritts von Bernau ist zwangsläufig an eine Vermögensauseinandersetzung geknüpft. Hier wird es kompliziert. Vorerst ist das Jahr 2014 anvisiert. Die Landesregierung strebt jedoch – sie hat von der DDR gelernt, endlich! – wenige große Verbände durch Zusammenschluß kleinerer Einheiten an. Sie muß jedoch das Problem lösen, das immer wieder beschwerene »hohe Gut« der kommunalen Selbstverwaltung nicht zu beschädigen. Jedenfalls wird sie den Austritt von Bernau aus grundsätzlichen Erwägungen zu verhindern suchen. Die Biesenthaler haben hier also einen starken Partner.

Frage 3: Gibt es im ZWA Eberswalde eine Art Bürgerversammlung neben dem oder im Aufsichtsrat? Wer ist da drin vertreten und wie ist deren Wirksamkeit?

Die Organe des ZWA sind der Vorstandsvorsteher und die Verbandsversammlung, in der die sogenannten Hauptverwaltungsbeamten das Sagen haben. Gemeindevorsteher oder Stadtverordnete gibt es in der Verbandsversammlung kaum noch. Jedenfalls können sie als Vertreter von Bürgerinteressen nicht wirksam werden, selbst wenn sie wollten. Ihr Stimmenanteil ist einfach zu klein. Theoretisch können Kommunalvertreter durch Mehrheitsbeschluß ihren Hauptverwaltungsbeamten beauftragen, bei bestimmten Beschlussvorlagen mit »nein« zu stimmen. Das hilft aber wegen des geringen Stimmenanteils nicht und hat deshalb Seltenheitswert. Allein sie Stadt Eberswalde verfügt über einen Stimmenanteil von 50 %. Nur eine Gemeinde muß noch mit Eberswalde stimmen, dann ist jeder Beschluß »durch«!

Einen Aufsichtsrat oder gar eine Bürgerversammlung gibt es nicht. So etwas sieht die Kommunalverfassung bei einem Zweckverband - Zusammenschluß von Kommunen zu Lösung einer bestimmten Aufgabe - nicht vor.

Um die Vertretung von Bürgerinteressen in der ZWA-Verbandsversammlung ist es also schlecht bestellt. Natürlich sieht das der Vorstandsvorsteher ganz anders.

Bundestag und »Topographie des Terrors«

Die Geschichte sollte man nicht vergessen, um die Gegenwart und Zukunft für die Menschen in der Bundesrepublik zum Wohle und zur Sicherheit aller zu gestalten. 47 politisch interessierte Senioren, darunter Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Eberswalde, der AGA-IG-Metall-Eberswalde und des Brandenburgischen Seniorenverbandes Eberswalde e.V. weilten Ende November in der Bundeshauptstadt Berlin.

Am 29. und 30. November wollten die Eberswalder Senioren wichtiges aus der historischen Geschichte Deutschlands insgesamt, der Bundeshauptstadt in der Gegenwart und des Deutschen Bundestages erfahren. So besuchten wir am 1. Tag das Dokumentationszentrum »Topographie des Terrors«, um uns die Dauerausstellung der Geschichte von 1933 bis 1945 anzusehen. Hier befand sich die Dienstzentrale der Geheimen Staatspolizei, das Gestapo-Gefängnis und das Reichssicherheitshauptamt. Diese Ausstellung ist an einem authentischen Ort und macht die europäische Dimension der NS-Schreckensherrschaft sichtbar. Es ist wichtig diese Ausstellung zu besuchen sowie zu verstehen und vielen nahezubringen, daß niemals mehr solche Grausamkeiten passieren dürfen.

Auf einer Stadtrundfahrt haben wir vieles gesehen, was nach der Wiedervereinigung der ehemals geteilten Stadt Berlin sich getan hat. So konnten wir die Metropole Berlin als Weltstadt der Kultur, Politik, Medien und Wissenschaft erleben. Danach nahmen wir für eine Stunde an einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages teil, was für uns alle sehr interessant und erlebnisreich war. Wir erlebten aktuelle politische und wirtschaftliche Diskussionen und Vorträge.

Es schloß sich eine Diskussionsstunde mit der Abgeordneten des Bundestages der Uckermark und des Barnims Frau Sabine Ursula Stü-



Der Besuch im Dokumentationszentrum »Topographie des Terrors« verdeutlichte die europäische Dimension der NS-Schreckensherrschaft.

ber an. Frau Stüber erklärte uns, wie sie als Bundestagsabgeordnete gewählt wurde und daß sie bereits seit Jahrzehnten politisch interessiert ist. Sie ist im Petitionsausschuß tätig, wo Schreiben mit Bitten oder Beschwerden an den Bundestag landen. Diese werden dann geprüft und beraten. Er ist als Rechtsausschuß anzusehen. Die gesamte Diskussion war hoch interessant für die Teilnehmer, um noch mehr das politische Geschehen zu verstehen.

Am 30. November nahmen wir an einem einstündigen Informationsgespräch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales teil. Dieses Bundesministerium hat den finanziellen

höchsten Anteil am Bundesetat. An der Diskussion beteiligten wir uns rege, es waren Anfragen, wie z.B. zur Angleichung der Renten und mehr gestellt worden. Diese Diskussionsrunde war inhaltlich sehr reich, ausführlich und sehr gut vom Moderator geführt worden.

Zum Abschluß statteten wir dem »Tränenpalast« einen Besuch ab. Es ist die ehemalige Ausreiseshalle der Grenzüber-gangsstelle Bahnhof-Friedrichstraße in der Zeit von 1961 bis 1989 der geteilten Stadt Berlin. Einige Teilnehmer konnten sich an diese Situation der Ausreise gut erinnern, da sie diese Grenzüber-gangsstelle passierten und keine guten Erinnerungen hatten. Sondern Angst und mehr. Es war dadurch kein schöner Anblick. Möge so etwas in der Geschichte nicht mehr passieren.

Danken möchten wir der Abgeordneten des Bundestages Frau Stüber und dem Reiseleiter für die sehr guten Informationen vor Ort in Berlin.

MONIKA FRIEDRICH,
Seniorenbeirat Eberswalde

Barnimer Kulturpreis 2012

Bündnis 90/Die Grünen ehren Freizeitkünstler-Ausstellung

Die Organisatoren der Freizeitkünstler-Ausstellung in Eberswalde erhalten den Barnimer Kulturpreis 2012. Der von bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten gestiftete Preis ist mit 750 Euro dotiert. Die Juryentscheidung fiel einstimmig aus. Es war für die Jurymitglieder jedoch nicht leicht, sich zwischen den sehr guten Bewerbungen zu entscheiden. Bündnis 90/Die Grünen danken allen Teilnehmern an der Ausschreibung und ermuntern die diesmal nicht Ausgezeichneten, sich im nächsten Jahr erneut zu beteiligen.

Das Team der Ausstellungsorganisatoren um Hella Folgmann und Marlies Wolff richteten in diesem Jahr bereits die 12. bundesweite Freizeitkünstlerausstellung im Saal des DB Instandhaltungswerkes in Eberswalde aus. Mit ausschließlich ehrenamtlichem Engagement ermöglichten sie in diesen 12 Jahren sehr vielen Freizeitkünstlern, ihre Werke auszustellen.

In der Freizeitkünstler-Ausstellung 2012 präsentierten 81 Maler und Grafiker 168 Arbeiten. Sogar aus Italien und den Niederlanden

waren bereits Künstler dabei. Jährlich besuchen rund 1.000 Gäste die beliebte Ausstellung.

Angefangen hat es, nachdem die Idee zur Freizeitkünstler-Ausstellung in der Malschule Tekla geboren war, im Jahr 2000 mit der ersten Ausstellung im »Langen Stall« in Glambeck. Schon damals wurden 142 Bilder von Künstlern aus Brandenburg und Berlin ausgestellt. Später erfolgte der Umzug in die Aula der Goethe-Realschule in Eberswalde und schließlich 2008 in den Veranstaltungssaal der Deutschen Bahn.

Ausstellungsvorbereitung und -durchführung erfordern jährlich einen immensen Organisationsaufwand. Während die aktuelle Ausstellung läuft, muß bereits die nächste vorbereitet werden. In jedem Jahr verleiht eine Jury aus freischaffenden Künstlern mehrere Preise für die besten Arbeiten. Außerdem gibt es den Publikumspreis.

KARL-DIETRICH-LAFFIN,
Sprecher des Regionalverbands Oberbarnim

Kulturnahnhof schließt – Bahnhofstreff bleibt

Obwohl der Kulturnahnhof Finow zum 31.12.2012 seine Pforten geschlossen hat, bietet der Standort Bahnhofstraße 32 in Finow ab Januar 2013 weiterhin attraktive Kulturangebote. Die am gleichen Standort seit Jahren etablierte Begegnungsstätte erhält den neuen Namen »Bahnhofstreff«. Ab Januar 2013 bietet der »Bahnhofstreff« neben den seit Jahren am Standort erfolgreichen Offerten einen Teil der im Kulturnahnhof etablierten Veranstaltungsreihen mit an. So wird es das monatliche »Tanzcafé« mit unseren beliebten DJ's weiter geben, auch Muttertagskonzert, Chorkonzerte sowie interessante Vortragsreihen sind geplant. Kooperationen mit Eberswalder Kitas haben sich inzwischen angebahnt und sollen ausgebaut werden. In den Räumen des »Bahnhofstreffs« verzeichnet die ehrenamtliche Bibliothek Finow bereits 100 begeisterte Leser mit Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur. Und selbstverständlich ist der »Bahnhofstreff« für Feierlichkeiten bis 50 Personen zur Einmietung eine ideale Adresse.

ANDREA HOEHNE

Altmunition in der Ostsee

Wie viele Funde waren es wirklich?

Munition und andere Kampfmittel wurden zu unterschiedlichen Zeiten in Nord- und Ostsee versenkt. Nach dem Zweiten Weltkrieg, bis etwa 1948, waren es über eine Million Tonnen. Jedes Jahr kommt es an Deutschlands Stränden mehr als einmal zu Verletzungen, zum Beispiel durch die Verwechslung von angespülten Phosphorstücken aus korrodierter Munition mit Bernstein (Phosphor oxidiert an der Luft und entzündet sich selbst, nachdem es getrocknet ist).

Bei Meßfahrten mit Unterstützung modernster Marine-Technik in der Kieler Bucht wurde 2012 weitere Altmunition, auch außerhalb der bisher gekennzeichneten Flächen, gesichtet. Dabei handelt es sich laut Information des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) um ein Gemisch aus Ankertaum- und Grundminen, möglichen Wasserbomben (oder Fässern) und torpedoähnlichen Objekten.



Deutsche Ankertaumine aus dem 2. Weltkrieg. Foto: Juliana da Costa José (Lizenz: CC-by-sa 2.0/de)

Nach Auswertung dieser Funde gab nun die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV), Direktion Nord, als Konsequenz am 17. Oktober 2012 bekannt, daß in den Seekarten das »Unreingebiet« Kolberger Heide erweitert wird.

Das ist genau der Punkt. Auf der einen Seite ist es gut, daß umgehend vorsorglich gehandelt wird, damit zumindest keine Menschen zu Schaden kommen können. Auf der anderen Seite irritiert mich, daß hier mit ganz unterschiedlichen Mengenangaben gehandelt wird. Mir sind auf meine Nachfrage vom Verteidigungsministerium etwa zeitgleich ganz andere Zahlen mitgeteilt worden. 2000 Minen sind nicht einfach nur »über 1000 Minen«, sondern doppelt so viele!

Nach erster Klassifizierung spricht die WSV von über 1000 möglichen Ankertaum- und Grundminen. Das BMVg hatte hingegen mitgeteilt, daß es sich in der Kolberger Heide um etwa 2000 Altmunitionsfunde handelt.

Das ist Irreführung der Öffentlichkeit, und ich frage mich natürlich, was steckt dahinter? Soll hier ein ungeliebtes Problem klein geredet werden, weil keine Lösung in Sicht und die Gefahr für Mensch Umwelt keinesfalls unter Kontrolle ist? Jetzt muß zumindest ein abgestimmtes Lösungskonzept her, wie weiter mit der Altmunition umgegangen werden soll und das die systematische Kartierung aller belasteten Gebiete in Nord- und Ostsee mit neuester Technik einschließt.

SABINE STÜBER

Klimaplastische Wälder am Liepnitzsee

Windkraftanlagen stören die natürliche Waldstruktur

Wälder haben verschiedene Funktionen, welche für die Gesellschaft von hoher Bedeutung sind. Neben den Funktionen als Rohstofflieferant und Erholungsraum gewinnen unsere heimischen Wälder eine immer größer werdende Bedeutung als klimastabilisierende Ökosysteme.

Wälder können Klimaextreme ausgleichen und das Holz und besonders der Boden sind große Speicher für Kohlenstoff. Diese Funktionen können die Wälder am besten erfüllen, wenn sie sich in einem möglichst naturnahen Zustand befinden. Dies wird durch gute Standortverhältnisse befördert.

Diesen Zustand weisen die Waldflächen um den Liepnitzsee zwischen Wandlitz und Lanke aus, welche aktuell in der Regionalplanung für ein potenzielles Windeignungsgebiet Liepnitzwald vorgesehen sind. Es handelt sich dabei um Kiefern-Buchenmischwälder, welche zu meist auf Standorten mit einer mittleren Nährkraftstufe wachsen. Auch die heute noch rei-

nen Kiefernwälder haben das Potenzial sich in Richtung Buche zu entwickeln. Solche Wälder werden auch als klimaplastische Wälder bezeichnet, das heißt sie können sich verändernden Klimaverhältnissen besser anpassen.

In diese Wälder Windkraftanlagen zu bauen ist dem abträglich. Neben der eigentlichen Flächeninanspruchnahme müssen in solche Waldflächen auch neue Wege gebaut, Leitungen gezogen und andere Anlagen errichtet werden. Damit wird die Waldstruktur gestört und sie wird labil gegenüber Störungen. Windkraftanlagen sollten darum nur in naturfernen Waldflächen geplant werden.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Mit Fla-Raketen gegen Kanonen?

Anfang Oktober ging die Meldung durch die Weltpresse, daß in einem türkischen Dorf an der Grenze zu Syrien eine Frau und ihre vier Kinder durch den Beschuß von Artilleriegranaten getötet wurden. Die Granaten seien von syrischem Territorium aus abgefeuert worden. Die Nachricht, daß es keineswegs die syrische Armee, sondern vielmehr syrische Rebellen waren, die das türkische Dorf beschossen hatten, verschwand ganz schnell aus den Nachrichtenkanälen (BBP 10/2012).

Die türkische Armee hatte schon damals den Zwischenfall zum Anlaß genommen, mit eigener Artillerie massiv zurückzufeuern. Auf die Schnelle segnete das türkische Parlament gar ein Gesetz ab, das die Regierung künftig freie Hand läßt, Armee und Luftwaffe gegen Syrien einzusetzen.

Später wandte sich die türkische Regierung an die NATO-Verbündeten. Sie sollten Hilfe leisten, um künftige Angriffe abwehren zu können. Patriot-Luftabwehrsysteme waren gefragt. Die NATO hilft natürlich gerne. Bis zu 16 Patriot-Staffeln in der modernsten Version, darunter zwei der Bundeswehr, sollen in der Türkei entlang der syrischen Grenze stationiert werden.

Zur Erinnerung: Es war eine Artilleriegranate, die das türkische Dorf traf. Auch danach war immer mal wieder von Granaten die Rede,

die türkisches Territorium trafen. Die Patriot-systeme des NATO sollen die Türkei vor diesen Angriffen schützen. So wird es gesagt.

Doch Patriotraketen dürften das denkbar ungeeignetste Mittel sein, um Artilleriefeuer abzuwehren. Mit den Patriot-Luftabwehrsystemen kann ein großer Teil des syrischen Lufttraums überwacht werden. Wenn diese Waffen stationiert sind, wird es wohl nicht mehr lange dauern, daß die von den syrischen Rebellen und ihren ausländischen Unterstützern seit langem geforderte »Flugverbotszone« in Nord-syrien verkündet wird – ob mit UNO-Segen oder ohne. Eine »befreite Zone« an der türkischen Grenze wäre dann für die sogenannte »Freie Syrische Armee« (FSA) die gesuchte Ausgangsbasis zur Eroberung des gesamten Landes. Nach dem Vorbild des Libyenkrieges käme dann der FSA der Part als Bodentruppe zu, welche die NATO zuverlässig vor der syrischen Luftwaffe beschützt und über kurz oder lang dann auch direkt durch Luftangriffe unterstützt. Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat längst erklärt, »jederzeit zum Krieg bereit« zu sein. Im Bedarfsfall kann die Türkei unter dem Schirm der Patriotraketen den Krieg auch alleine führen. Aus dem Bürgerkrieg würde endgültig ein internationaler Krieg. Und die BRD wäre diesmal direkt dabei.

GERD MARKMANN

Ein Lastenrad aus alten Fahrrädern

Energie- und Kulturwendeinitiative wandelBar

Seit Herbst letzten Jahres baut die Energie- und Kulturwendeinitiative wandelBar zusammen mit der Hochschule Eberswalde ein Lastenrad-Prototyp aus gebrauchten Fahrrädern.

Dazu fand am 7. Januar der erste Schweißtermin in unserer temporären Werkstatt in der Eichwerderstraße 1 (Eberswalde) statt.

Übrigens das Projekt ist auch zur Zeit Teilnehmer der Reihe »Generation Solidarität« des Fernsehsenders ARTE. Auf der Webseite kann für das Projekt abgestimmt werden.

Weitere Infos finden Sie auf dem Projektblog: <http://gensol.arte.tv/wandelbar/>

INGO FROST

Naturschutz tut not, im Barnim ist alles im Lot (1)

Als wir weise Menschen (nichts anderes heißt homo sapiens) noch im Einklang mit der Natur, mit und von der Natur gelebt haben, etwa als Jäger und Sammler, da waren Natur- und Artenschutz kein Thema. Diese Vokabeln gab es noch nicht. Mutter Natur hat die Eingriffe des Menschen – es waren ja kaum mehr als Kratzer – locker weggesteckt und ausgeglichen.

Später, das begann im Altertum und mit der Entwicklung der sogenannten Zivilisation, haben die Menschen der Natur richtig tiefe Wunden zugefügt, zunächst noch lokal begrenzt. Ein großer Teil dieser Wunden ist inzwischen verheilt. Mütter halten eine Menge aus! Manchmal sind noch die Narben zu sehen, aber keine Tier- oder Pflanzenart war in Gefahr. Überall herrschte in der Natur Gleichgewicht. Aber bald war dieses Gleichgewicht erheblich gestört.

Zuerst hat das ein Forstmann festgestellt und den Begriff Nachhaltigkeit erfunden, vor 300 Jahren. Das war sehr praktisch gedacht, aber praktisch nur Theorie. Seit einigen Jahrzehnten, etwa seit vier Generationen à 30 Jahre, treiben wir – der homo non sapiens – weltweit Raubbau an der Natur. Das hat mit Naturschutz und Nachhaltigkeit nichts zu tun. In England gibt es kaum noch Wald, die weltumspannenden großen Ur- und Regenwälder werden immer kleiner und die Müllhalden – in Afrika, in Asien, in Amerika, nicht nur auf Haiti, und in Europa nicht nur in Neapel, auch auf Mallorca – werden immer höher. Die Flüsse und Seen werden weltweit immer schmutziger, von Ausnahmen, sogar in Mitteleuropa, mal abgesehen. In Athen und Hongkong und Mexico City und noch vielen anderen großen Städten ist die Luft zum schneiden dick. Um dort atmen zu können braucht man zuweilen eine Atemschutzmaske. Gesund ist solche Luft nicht.

Unsere Meere, besonders die kleinen Meere, sind weltweit voll von Müll und Wracks und Kriegsgerät und – als Ausgleich? – fast leergefischt. Selbst der Hering ist inzwischen knapp! Damit wird die Natur allein nicht mehr fertig, zumal wir sie weiter über Gebühr ausbeuten und überlasten. Das haben ein paar tausend Menschen, von sieben Milliarden, erkannt und den Naturschutz erfunden.

Diese Leute, allesamt hochstudiert und kenntnisreich, haben sogar eine eigene Sprache erfunden, die an Klarheit und Deutlichkeit keine Wünsche offen läßt. Sie sagt den Politikern, daß wir gegensteuern müssen. Die Politiker sagen es weiter, in ihrer Sprache, jeder sagt es dem anderen, aber kaum einer sorgt dafür, daß etwas passiert, besonders nicht im eigenen Land.

Vor einigen Jahren haben ganz kluge Leute gar Verfahren erfunden, mit denen man sich von Umweltsünden freikaufen kann, sogar von noch gar nicht begangenen. Da kann man sich z.B. CO₂-Emissionsrechte kaufen und Flüsse

und Meere ganz bewußt verschmutzen – wenn man dafür bezahlt. Gerade im Dezember 2012 ist wieder einmal so ein Emissionshandelsskandal ruchbar geworden. Das ist wie weiland der Ablaßhandel des Herrn Tetzel zu Luthers Zeiten. Da konnte man sich das Recht auf einen Mord kaufen. Wald verbrennen ist Völkermord, aber den Mördern, gewissenlosen Profiteuren, passiert nichts. Die Sache wird immer komplizierter. Überall ist die Natur am Ende.



Erschwerend gibt es nun noch den Klimawandel

Der Wandel des Klimas ist ein noch wenig erforschtes Naturgesetz, mit dem die Menschen seit Jahrtausenden leben. Warm-, Kalt- und Eiszeiten, Dürren und Hochwasser, das sind periodisch wiederkehrende Ereignisse. Entscheidenden Einfluß haben hier die Sonne, der Mond und die Neigung der Erdachse. Die Einflüsse sind zudem alle veränderlich, periodisch, langfristig – aber wirksam! Nun kommt noch der Einfluß des Menschen selbst dazu.

Es gibt Leute, die der Meinung sind, der Klimawandel wäre in erster Linie menschengemacht und kann also auch vom Menschen ge-

steuert werden. Tausende Wissenschaftler parlieren schon seit 30 Jahren über Klimawandel und reden ganz gescheit über Nachhaltigkeit und neue Konzepte und Anpassung. Sie sind sich alles andere als einig. Die Ursachen des Klimawandels, was kann man dagegen tun, kann man überhaupt etwas tun und wie muß man sich anpassen – darüber wird heftig gestritten. Jeder empfiehlt, je nach Auftraggeber, Maßnahmen aus einer anderen Schublade. Es sind auch welche dabei, die man später vielleicht bereut. Es gibt einfach zu viel Wandel und damit Unsicherheit. Auf Unsicherheit und Nichtwissen will man sich einstellen. Das ist aber schwierig. Damit trotzdem nichts schlechtes passiert, sollen in erster Linie Maßnahmen her, die man später ganz sicher nicht bereuen muß. Das sind die sogenannten »no regret-Optionen«.

Die Klima- und Umweltforscher gehören – abgesehen von den Energiekonzernen – zu den wenigen, die vom Klimawandel gut leben. Es gibt auch welche, die nur befristete, schlecht bezahlte »Jobs« haben. Die leben nicht so gut. Alle werden vom Steuerzahler dafür bezahlt und manche für gute, aber auch recht skurrile Ideen gut belohnt.

Ich habe einige von ihnen auf der »Nationalen GLOWA-Konferenz« im Oktober 2009 in Potsdam gehört und kennengelernt. (GLOWA steht für GLObaler WANdel). Damals ging es um die Vorbereitung eines Klimagipfels in Kopenhagen. Was ist herausgekommen? Die Klimaforscher lieben es zu beobachten, zu messen, zu evaluieren und benchmarken und zu postulieren und zu modellieren, und ...

Dafür fliegen sie fleißig um den Globus. Verändert haben sie nichts, fast nichts. Im Dezember 2012 ist gerade wieder ein weltweiter sog. »Klimagipfel« geplatzt. Die Anpassung der Handlungskonzepte an den beschleunigten Klimawandel – hier wurde der Begriff »klimaplastischer Naturschutz« erfunden – funktioniert nicht.

Wer immer noch glaubt, im Elfenbeinturm sitzend etwas verändern zu können, etwa durch »adaptive Management« – und uns das allen ernstes einreden will – der ist zu vergleichen mit dem Menschen, der sich vom Hochhaus stürzt und, an der zweiten Etage vorbeifliegend, meint: »Bis hierher ist alles gut gegangen, aber nun muß ich was tun«. Da unten wartet kein Sprungtuch! Daß etwas getan werden muß ist unstrittig. Fangen wir an! Jeder an seinem Platz!

Doppelt hält besser

2 Stadtteilzeitungen in einem Viertel

Eberswalde (bbp). Im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde gibt es mittlerweile zwei Stadtteilzeitungen. Im Juni hatten die von der Stadtverwaltung herausgegebenen »Ein- und Ausblicke« ihr Erscheinen eingestellt. Das Verstärkungskonzept, das im Dezember auf der Tagesordnung der Stadtverordneten steht, hatte die Einstellung empfohlen. Es habe »nur beschränkte Resonanz« im Viertel gefunden, heißt es da. Und: »Der nachweislich geringe Beitrag des Stadtteilmagazins zur Bürgerinformation und zur Imageverbesserung rechtfertigt nicht den personellen und finanziellen Aufwand zur Herstellung dieses Printmediums«.

Eine Bürgerinitiative hatte das Vakuum genutzt und brachte im Oktober die erste Ausgabe eines neuen Kiez-Magazins mit Namen »Maxe« heraus (BBP 10/2012). Eine Förderung aus Mitteln des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt« sollte die Anschubfinanzierung sicherstellen. Der Sprecherrat »Soziale Stadt« befürwortete die Förderung. Diese Förderung floß dann allerdings mittels einiger rechtlich dubioser Tricks und der Unterstützung bestimmter Stadtverwaltungsmitarbeiter in ein zweites Zeitungsprojekt namens »Wir«, das eine größere Verwaltungsnähe versprach.

Das Kiez-Magazin »Maxe« schrieb dazu in seiner Dezemberausgabe: »Für unseren Kiez kann das nur von Vorteil sein. Das gesellschaftliche Leben in unserem Kiez ist vielfältig. Wenn sich das in den verschiedenen Medien widerspiegeln kann, gewinnen wir alle. 'Maxe' wünscht dem neuen Monatsblatt viel Erfolg, seinen Machern immer frische Ideen und einen langen Atem.«

Auch im Jahr 2013 wird es nach aktuellem Stand für »Maxe« kein Geld aus öffentlicher Förderung geben. Beide Stadtteilzeitungen hatten Anträge auf Förderung im Jahr 2013 gestellt. Der Sprecherrat entschied, nur eine Zeitung zu fördern. In der Alternativabstimmung fiel der »Maxe«-Antrag durch. Von den 8 anwesenden Sprecherratsmitgliedern hatten fünf wegen Befangenheit nicht mitgestimmt. Die drei übrigen enthielten sich der Stimme. Den Ausschlag gaben zwei vorab per eMail abgegebene Stimmen. Inwieweit es sich um eine rechtlich korrekte Entscheidung handelte, wird derzeit noch geprüft.

Wie aus der »Maxe«-Redaktion verlautete, sei der Anfang wegen der nun sofort erforderlichen Eigenfinanzierung zwar viel schwieriger als geplant geworden, aber die »erzwungene Unabhängigkeit« habe ja auch ihre Vorteile.

Wer »Maxe« unterstützen möchte, kann dies u.a. durch eine finanzielle Förderung tun (Konto: 1110144160, BLZ: 17052000). Inzwischen hat »Maxe« eine Internetseite eingerichtet (www.maxe-ebeswalde.de). Dort sind die bisher erschienenen Maxe-Ausgaben als PDF zu lesen. In einer eMail-Liste kann zum Magazin sowie allen anderen Angelegenheiten, die den Kiez betreffen, diskutiert werden.

Kunstverein »Die Mühle e.V.«

Es war ein sehr erfolgreiches Jahr

Die Müllerinnen und Müller zogen Bilanz und konnten feststellen, daß die Mühlsaison 2012 – der »Sommer in der Mühle 2012« reichte von April bis Dezember – mit 17 Veranstaltungen die bisher erfolgreichste in der Vereinsgeschichte war:

Zum **Frühjahrsputz**

kehrten viele Vereinsmitglieder den Winter aus der Mühle aus. Lehrlinge des Berufsbildungsvereins gaben im Frühjahr unserer Küche und dem Vereinsraum neue Farbe. Es folgten:

5 Ausstellungen – »Erlebnis Finowkanal« von Peter Schirmer, »NaturKunst« von Keramikern und Holzgestaltern der Mühle, »MoMa, Mühle & Matisse« zum Abschluß der Portraitzeichenaktion der Montagsmaler, »Gagarin in Afrika« vom Gast Frank Wiemeyer aus Schwedt, »Tierisch gut« Gemeinschaftsausstellung in Fortführung des Zoothemas im Kalender 2012. **4 Kurse für Jedermann** – 3 Drechselkurse mit Karsten Schulz und ein Schnitzkurs mit Max Herrmann aus Bayern. **2 Konzerte/Tanz** mit der Mühlenband »Black Aces« und der Rockband »Oderdamms«. **Die MühleSPIELmeisterschaft** am Deutschen Mühlentag – Pfingstmontag. **2 Aufführungen** – Kunstperformance »ÜBER FLUSS« der Künstler des Vereines »Rhizom« aus ganz Deutschland und »Revolver, Liebe, Zufall« des Theaters Akzent, **die Versteigerung** von Kunstwerken der Mühlenkünstler zugunsten der Mühle mit einem Ertrag in Höhe von 753,00 Euro und der **12. Weihnachtskunstmarkt** mit 800 Besuchern.

Dank der Unterstützung von 12 Sponsoren konnte auch wieder der Mühlenkalender 2013 mit Werken zum »Industriekulturpfad Eberswalder« aufgelegt werden. Außerhalb der Mühle waren die Maler, die Holzwürmer und die Mühlenband aktiv durch Ausstellungen in der Hafengalerie in Neustrelitz, im Rathaus Eberswalde, bei Vivatas, im Radstop Wildau, im Kloster Chorin und im Hotel »Haus Chorin«, im Gropiuskrankenhaus sowie in drei Arztpraxen und im Krankenhaus. Die Holzwürmer sanierten in 153 Stunden Arbeit die Pyramide in der Sparkasse Eberswalde. Die Mühlenband beteiligte sich am Bikergottesdienst in Friedrichswalde im Mai, an der Aktion »Rockende Eiche« in Biesenthal im August, als Vorband am Konzert der MÄNNER in Lichtenfelde im August und an der Aktion »Werbellinsee Rockt« im September.

Allein in der Mühle konnten wir in diesem Jahr wieder über 2.600 Gäste zählen. Mit den Besuchern des Stadtfestes FinE, der Ausstellungen und Konzerte außerhalb, den Veran-



staltungen und Kurse waren es wieder mehrere tausend Menschen, die die Mühlenkünstler auf die eine oder andere Art berühren konnten.

Die Backofenbauer haben zum Freiwilligentag 2012 im Mai mit fleißigen Helfern den Ofenbau fortgeführt und konnten ihn nun endlich zum Weihnachtskunstmarkt fertig stellen. Bäcker Dellinger hat mit seinen Kindern die Besucher des Marktes mit im Ofen gebackenen Fladen erfreut.

Der Verein hat an der überregionalen Aktion »Call for Members« der Bundesstiftung Kultur von April bis August 2012 teilgenommen und erhielt einen ersten Preis in Höhe von 5.000 Euro. Dieses Geld und auch das der großzügigen Spender Finow Rohsysteme GmbH sowie L. Dietze & Sohn Fördertechnik GmbH wird für die notwendigen Arbeiten an der Mühle eingesetzt. Wir danken auch den Unterstützern des Vereins dem Steuerbüro Graupner und der TELTA Citynetz GmbH.

Nachdem sich der Verein in Zusammenarbeit mit einem Architekturbüro über drei Jahre erfolglos um Fördermittel vom Land und der Europäischen Union bemüht hat, erhielten wir nun 60.000 Euro von der Stadt Eberswalde und 11.000 Euro vom Denkmalschutz des Landkreises, um die letzten dringend anstehenden Arbeiten zum Erhalt des Mühlengebäudes ausführen zu können.

Das bedeutet nun aber, daß der Sommer in der Mühle 2013 nicht wie üblich am 1. Mai beginnen wird, sondern erst dann, wenn alle Arbeiten erledigt sein werden – Sanierung des Mitteldaches, Erneuerung der Wasser- und Abwassersituation, Einbau einer Treppe zum Dachboden, Überarbeitung der Elektroinstallation. Unser Ziel ist die Gemeinschaftsausstellung im Herbst 2013.

VERONIKA BRODMANN

Ein anderes Buch über Denkmale

Über Gräber weht der Wind ...

»Sag mir, wo die Soldaten sind« – die Frage des Liedes beantworten zahlreiche seit den Kriegen von 1864, 1866, 1870/71, 1914 errichtete Kriegerdenkmale etwa so: Sie sind »unter den glorreichen Fahnen von ...[König, Kaiser] ... auf dem Felde der Ehre ... für die Freiheit ... das Vaterland ... die Heimat ... für Euch ... gefallen ... Sie ruhen in Gott« oder, wie man den 1908 im Kampf mit den Herero Getöteten verhiß, »Sterben im Dienste der Pflicht heißt leben im Herzen der Nachwelt.«

»Die Tafeln lügen« fand Kurt Tucholsky angesichts eigener Kriegserfahrung und fragte: »Stirbt man für eine Weizenagentur? Für eine Hypothekenbank? Man stirbt für und durch das Vaterland, und das kommt im wesentlichen auf dasselbe hinaus.«

Der Autor des hier vorgestellten Buches, der als Historiker des deutschen Faschismus und der Judenverfolgung bekannte Prof. Kurt Pätzold trägt anhand immensen Materials aus Deutschland und seinen Nachbargebieten die oben zitierten, den Kriegstod beschönigenden Darstellungen zusammen und registriert den Aufwand an Devotionalien des Krieger-Totenkultes, an »Schilden und Schwertern, Löwen und Widderköpfen, Kanonenrohren und Kanonenkugeln, Gewehren, Bajonetten und Handgranaten, Degen, Trommeln und Trompeten, Kronen und Wappen, Lorbeerkränzen...« (S. 43) Den begrifflichen Aufwand der »mordspatriotischen« Parolen nimmt er unter die kritische Lupe.

Das Wort »Gefallen«, schon bei Luther im Gebrauch, ist schlicht überholt, findet Pätzold. »Beim Einsatz von Flammenwerfern, der Verwendung giftiger Gase, im Hagel der Raketen, in den gepanzerten Fahrzeugen wurde nicht mehr 'gefallen'.« (31) Gleiches gilt für die in Flugzeugen Verbrannten, in U-Booten Erstickenen...

Sein Nachsinnen gilt den »Opfern« – den unschuldigen, den mitschuldigen und schuldigen. Den umgekommenen Soldaten der Wehrmacht spricht er den Status »Opfer« nicht ab – aber sie hätten »nichts vollbracht, was ihnen zur Ehre gereichen würde oder wodurch sie sich Dank verdient hätten.« (78) Er bemerkt die »unfrommen Lügen« als Mißbrauch der Religion. »Denn Jesus war nicht als Soldat einer Armee ... gestorben, er war wegen ... seines Glaubens hingerichtet worden.« (61)

Der Historiker betrachtet die Rechtsgrundlagen des Gedenkens, beginnend mit der Verordnung des preußischen Königs vom Mai 1813, die den Heldenkult

Kurt Pätzold: Kriegerdenkmale in Deutschland. Eine kritische Untersuchung. edition ost Berlin 2012. 125 S. 9,95 €. ISBN 978-3-360-02076-5

förderte, über das Reichsgesetz von 1934 über den Heldengedenktag bis zum Bundesgesetz vom Juli 1965 »Über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« und zur Kontrollratsdirektive Nr. 30 vom 12. Mai 1946 im Anhang, die manche militaristischen Auswüchse beseitigte. Pätzold betrachtet die »Anderen Tafeln«, die an Antifaschisten und Deserteure erinnern. Die Spanne des Buches reicht von einem der frühesten Kriegerdenkmale bei Waterloo (Schinkel 1819) bis zum 2009 geweihten Mal im Bendler-Block »Den Toten unserer Bundeswehr für Frieden, Recht und Freiheit«, dessen Devise, so erinnert Pätzold, durch Bundespräsident Köhler mit dem Auftrag »präzisiert« wurde, »freie Handelswege« zu wahren. Der Band schließt mit dem Statement, die neuen Bundesländer »haben sie wieder bekommen, die lügenden Tafeln.« Wünschen mag man dem informativen, tiefgründigen Buch ein Register und bessere Wiedergabe der zahlreichen Abbildungen.

ROLF RICHTER



Bei Woerth-Froeschwiller fand am 6. August 1870 eine der ersten und zugleich blutigsten Schlachten des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 statt. Am Abend des Tages waren 10.500 deutsche und 8.000 französische Soldaten tot oder verwundet. Die zugrundeliegende Karte entstammt der »Geschichte des deutsch-französischen Krieges« des Generalfeldmarschalls Moltke aus dem Jahr 1895. Die schwarzen Punkte verweisen auf die Standorte der Kriegerdenkmale.

Solidarität mit Kuba

Die aufwendige ärztliche Behandlung des schwerkranken Präsidenten Venezuelas, Hugo Chavez, ist ein Ausdruck des solidarischen Internationalismus. Selbst noch schwer bedrängt durch eine Welt von Feinden rundum, erweisen die kubanischen Genossen Hilfe in größter Not. Der Taifun Ende des vergangenen Jahres hat nicht nur an der Ostküste der USA große Schäden angerichtet, worüber im Fernsehen über Genüge berichtet wurde, sondern er hat in der Karibik, auf Kuba, nicht minder gewüthet. Das war aber für die Presse nicht so spektakulär und wenig profitabel.

An den Ohren der mitfühlenden Menschen ging es trotzdem nicht vorüber. Viele reagierten darauf mit entsprechender materieller Hilfe. Die Basisgruppe der DKP Oberbarnim/Eberswalde hat im großen Chor der Helfenden mit der Überweisung einer Spende von 40 Euro auf das Solidaritätskonto der Hilfsorganisation »Cuba si« ihren Willen zur Unterstützung der kubanischen Genossen im Kampf um die Sicherung der Errungenschaften der sozialistischen Revolution zum Ausdruck gebracht.

DKP-Basisgruppe Oberbarnim/Eberswalde

www.bar-blog.de

Er war unser Vorbild

Wilhelm Pieck wurde vor 137 Jahren am 3. Januar 1876 in Guben geboren. In meiner Jugend war er als großer Humanist unser Vorbild. In der Schule, im Pionierleben, im Jugendverband und später beim Entrümmern und beim Wiederaufbau unserer Städte und der Wirtschaft.

Diese Humanität strahlte über das ganze Land. Eine friedliebende und demokratische Republik entwickelte sich. Ein Friedensstaat mit einer Nationalhymne, die den Frieden besang. Den Namen »Wilhelm Pieck« trugen Straßen, Plätze, Betriebe und Schulen, aber auch Kasernen und Regimenter der Volkarmee. Die ersten Soldaten sangen dem ersten Präsidenten der DDR zu: »...denn wir sind der Nachwuchs der deutschen Republik, wir halten Dir Treue, Genosse Wilhelm Pieck.«

An die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz haben wir uns gehalten. Der Krieg steckte uns in den Gliedern. Lieber zehn Jahre nichts zu Weihnachten, aber nie wieder Krieg! So akzeptierten wir, daß wir bis Oktober 1958 mit Lebensmittelkarten im Konsum einkauften. Nie wieder Krieg!

So geprägt und erzogen, setzten wir uns ein für den Aufbau und zur Stärkung unserer jungen Republik. Erzogen mit und durch den Humanismus unseres Vorbildes Wilhelm Pieck, konnten wir in der DDR nur zum Frieden einschwenken und die Friedenslieder und unsere Nationalhymne laut und inbrünstig singen.

NORBERT GLASKE

Weihnachtserinnerung

Am 1. Feiertag holte mich meine Enkelin ab, so daß ich ein paar Tage mit der Familie meines Sohnes verbringen konnte. Eine Woche später erreichte ich mein 89. Lebensjahr.

Aus meiner Kinderzeit habe ich keine frohe Weihnachten in Erinnerung. Mitten in der Kölner Altstadt mit Vater, Mutter und fünf Kindern in einer 3-Zimmer-Mansardenwohnung, davon war das eine Elternschlafzimmer mit einem Bett für mich mit meiner kleinen Schwester und ein Zimmer mit zwei Betten für meine drei älteren Brüder. Der dritte Raum war alles – Aufenthaltsraum, Küche, Waschküche und Bad. Das Plumslo drei Treppen runter über einen kleinen Hinterhof. Für einen Weihnachtsbaum war unser »Mehrzweckraum« wahrscheinlich zu klein und außerdem fehlte das Geld, weil mein Vater vier Jahre arbeitslos war. Die Arbeitslosigkeit nahm ein Ende, als man ihn mit 44 Jahren umgebracht hatte.

Meine Eltern waren Kommunisten und als die Urne meines Vaters am 8. Januar 1933 zu Grabe getragen wurde, stand in der Zeitung, 4.000 gaben ihm das Geleit.

Ich war gerade 9 Jahre alt geworden und wurde schnell erwachsen. Fragt da jemand, warum ich heute »die rote Oma« bin?

Die folgenden 6 Kriegswedhnachten und die folgenden 3 Barnimer Nachkriegswedhnachten zwischen Trümmern, Lebensmittelknappheit und die Sorge um die Brüder von denen jedes Lebenszeichen fehlte. Klemens und Ferdi kamen nie wieder und den Bruder Hans hatten wir monatelang nach einem Urlaub in unserem Keller versteckt, aber auch ihn verloren wir, als er mit 33 Jahren an den Folgen seiner Kriegsverwundung plötzlich starb.

Wenn Glocken klingen und »stille Nacht, heilige Nacht« gesungen wird, muß ich an all diese Menschen denken die zur gleichen Zeit vielleicht mit ihren Kindern oder gebrechlichen Eltern auf der Flucht sind, um den Kriegsmasakern zu entfliehen.

Alle Bundesbürger die Auslandseinsätze der Bundeswehr befürworten und wünschen, sollen daran denken, daß sie auch eine Schuld haben an der Not und dem Morden weltweit.

ELISABETH MONSIG, Gartz

Menschenmaterial für Kolonialkriege gesucht

Eberswalde (bbp). Die Bundeswehr führt vom 5. bis 7. Februar 2013 im BIZ (Berufsinformationzentrum) der Arbeitsagentur Eberswalde eine Werbe- und Propagandaveranstaltung durch. Seit der Aussetzung der Wehrpflicht ist die Bundeswehr auf Freiwillige angewiesen, die für Söldnerdienste im In- und Ausland bereit sind.

Umrahmt wird diese Werbung durch eine Beteiligung der Bundeswehrwerber an einer Berufsberatungsmesse und -ausstellung, die vom 4. bis 8. Februar im BIZ zu sehen ist.

Rollschuhläuferin im Familiengarten

Kunstwerke des Bildhauers Axel Schulz in Eberswalde (4)

Bei strahlendem Feiertagswetter machte ich mich am 3. Oktober 2012 mit meinem Enkel auf den Weg in den Familiengarten nach Eberswalde. Der Treidelweg eignete sich hervorragend an diesem Spätsommertag zur Anreise mit dem Drahtesel von Finowfurt nach Eberswalde.

Im Hinterkopf hatte ich die Suche nach dem Standort der Skulptur von der Rollschuhläuferin, die der Bildhauer Axel Schulz im Jahr 1963 erschaffen hatte. Sie wurde 1973 von der Stadt Eberswalde erworben und stand seitdem in der Fritz-Weineck-Straße in Finow vor einer Polytechnischen Oberschule.

Da wir an unserer Karl-Sellheim-Schule ein wunderschönes Terrakottarelieff im Eingangsbereich an der Wildparkstraße von dem Künstler Axel Schulz aus Schwedt haben, interessierte uns nach seinem Tod im Frühjahr 2012 auch der Verbleib der anderen Kunstwerke von ihm in Eberswalde.

Die Suche nach der Rollschuhläuferin war nun mein Part, nachdem meine Schüler in kleinen Gruppen schon die anderen Kunstwerke von ihm in unserer Stadt aufsuchten.

Nachdem wir die große Runde durch die vielen tollen Spiel- und Erlebnisangebote im Familiengarten erforscht hatten und auf dem Rückweg vom Feenwald über den Zauberberg kamen, standen wir endlich vor der kleinen Rollschuhläuferin.

Sie stand fröhlich und gut erhalten etwas versteckt vor uns und schien sich dort am Wegesrand unter den bunten Herbstblättern wohl zu fühlen.



Schade, daß alle Skulpturen von Axel Schulz in Eberswalde kein Schild haben. Wir wissen aus Gesprächen mit ihm, daß er sich nur ein kleines Messingschild mit seinem Namen und dem Entstehungsjahr gewünscht hätte. Im Jahr 2013 wird die kleine Bronzeplastik 50 Jahre alt, ob sich sein Wunsch erfüllen läßt?

ANITA HÄNEL, Karl-Sellheim-Schule

Weihnachten und Kirche

Es gehört irgendwie zusammen und doch paßt nicht alles.

Die Christen strömten 1989 in die Kirchen und forderten »Schwerter zu Pflugscharen«. In der DDR gab es bald darauf ein Ministerium für Abrüstung. Die Sowjettruppen zogen wie vereinbart ab.

Im anderen Teil des nun vereinigten Deutschland hielt man nichts von der christlichen Losung. Die US-Besatzungstruppen tummeln sich weiterhin in Westdeutschland, wie die britischen und die französischen.

So gab es Anfang der 90er Jahre eine Welle von Austritten aus der Kirche. Die Menschen waren verärgert und fühlten sich belogen und

betrogen. Viele sind der Meinung, daß in diesem System eine sehr große Ungerechtigkeit besteht und von dieser Regierung keine Veränderungen zu erwarten sind. Gerade das Gegenteil wiederholt sich unter Frau Merkel. Am Sonntag geht Frau Merkel in die Kirche und am Montag bestärkt sie die Soldaten in Afghanistan durchzuhalten. Kein Lernen aus der Geschichte.

»Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen«, singen die Engel in der biblischen Weihnachtsgeschichte und die Kirchgänger zu Weihnachten. Mit der Realität hat das nichts zu tun.

NORBERT GLASKE

»Die unsichtbare Weltregierung«

Am 12. Januar findet um 10 Uhr unser erstes RotFuchs-Lesertreffen im Jahr 2013 statt. Der Ort der Zusammenkunft ist das Palmencafé in Altenhof in der Adolf-August-Straße. Auf der Tagesordnung steht das Thema »Die Bilderberger – die unsichtbare Weltregierung. Diskussion zu einer enthüllenden Dokumentation«. Die RotFuchs-Regionalgruppe Eberswalde lädt alle RotFuchs-Leser und alle interessierten Bürger herzlich ein.

Vorstand der RotFuchs-Regionalgruppe Eberswalde

Bürgerpost-Autoren 2012

Im Jahre 2012 beteiligten sich insgesamt 116 Autorinnen und Autoren an der inhaltlichen Gestaltung der zwölf Ausgaben der »Barnimer Bürgerpost«, nach 97 und 98 in den beiden Vorjahren. Ihnen gilt unser spezieller Dank:

Frank Adler, Marga Ahlers, Thomas Arbin-ger, Christoph Bautz, Cornelia Behm, Ivonne Berndt, Karl-Heinz Blättermann, Richard Bloch, Stefan Böhmer, Christine Brand, Lasse Brand, Helmut Braunschweig, Veronika Brod-mann, Bernd Brouns, Ralf Christoffers, Karl Dietz, Dowan, Dora Duhn, Britta Duille, Cindy Dümatz, Dr. Dagmar Enkelmann, Jasmin Fenske, Erik Fischer, Stephan Fischer, Gudrun Fischer-Bomert, Ingo Frost, Dieter Gadischke, Christoph Gaebler, Corinna Genschel, Norbert Glaske, Andreas Gläßer, Florian Görner, Eck-hard Groll, Anita Hänel, Waldemar Hickel, Martin Hoeck, Andrea Hoehne, Petra Hoff-mann, Petra Honig, Andrej Hunko, Helmut Hurtz, Kai Jahns, Anke Jonas, Michael Jungclaus, Thorsten Kleinteich, Jens Köber, Gisela Koch, Dr. Helmut Koch, Angelika Krumm, Renate Kuhlmann, Dr. Siegbert Kus-serow, Karl-Dietrich Laffin, Hartmut Lindner, Dr. Heiner Loos, Manfred Loos, Falko Lüdtke, Dr. Michael Luthardt, Hardy Lux, Margitta Mächtigt, Johannes Madeja, Kerstin Maier, Patricia Malina, Jürgen Manneck, Udo Mark-mann, Sergej Matis, Anneliese Mau, Klaus Meißner, Bärbel Mierau, Elisabeth Monsig, Bernd Müller, Hans-Jürgen Müller, Udo Mus-zinski, Annette Neumann, Karen Oehler, Cindy Panzer, Kati Partzsch, Dr. Steffen Peltsch, Dr. Manfred Pfaff, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pom-raenke, Christel Pritzsche, Christian Rehmer, Rolf Richter, Angelika Röder, Elke Rosch, Glenn Rossow, Kathleen Rossow, Annette Sa-watzki, Franz Schandl, Christine Schink, An-nerose Schmidt, Yvonne Schnabel, Jörg Schnei-dererit, Philipp Schöning, Dr. Bernd Schulte, Felix Sicker, Thomas Sohn, Jörg Staude, Dr. Andreas Steiner, Jan-Niklas Steinicke, Sabine Stüber, Steffi Theuring, Dr. Rainer Thiel, Alb-

recht Triller, Axel Vogel, Jörg Waldecki, Seba-stian Walter, Bettina Weitermann, Manfred Werner, Gisela Wetrich, Mirko Wolfgramm, Udo Wolfgramm, Thomas Wofeng, Ringo Wrase, Margot Ziemann und Carsten Zinn.

Jörg Schneiderit und Hans-Christoph Peters standen für Interviews zur Verfügung. Ein-schließlich der redaktionellen Beiträge erschie-nen im vergangenen Jahr 576 Artikel in der »Barnimer Bürgerpost«.

Ein Dankeschön geht auch an die Digital-druckerei Grill & Frank, für ihre schnelle und immer zuverlässige Arbeit und wie immer an unsere fleißigen Verteiler. Schmerzlich war im Frühjahr 2012 für uns der plötzliche Verlust unseres Finower »Chefverteilers« Martin Satka. Er bleibt uns unvergessen.

Außer im Abonnement gibt es die »Barnimer Bürgerpost« in den Verkaufsstellen Globus Na-turkost (Eisenbahnstr. 7), Buchhandlung Mah-ler (Eisenbahnstr. 2a), Presseshop Bohtz & Neumann im Einkaufszentrum »Heidewald« (Brandenburgisches Viertel) und im Regional-laden »Krumme Gurke« (Ruhlaer Str. 1).

Ein Dankeschön geht auch an alle Abon-nenten, die für das ökonomische Fundament der »Barnimer Bürgerpost« sorgen. Durch unse-erer Förderabonnenten können wir die Preise für das Normalabo und für das ermäßigte Abo voraussichtlich auch im Jahr 2013 stabil hal-ten. Helfen Sie, daß es dabei bleibt. Überzeu-gen Sie Ihre Freunde, Bekannten, Nachbarn, daß sie die »Barnimer Bürgerpost« abonnieren.

Für das Jahr 2013 wünschen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, alles Gute.

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Das soziale Netzwerk »Bürgerpost«

Die »Barnimer Bürgerpost« fungiert mittler-weile im neunzehnten Jahr als ein lokales sozia-les Netzwerk. Unsere unabhängige Leserzeit-ung ermöglicht wechselseitige Bezüge der Schreibenden und der Lesenden, die zugleich Akteure im lokalen Umfeld sind, und realisiert damit eine der Grundbedingungen des menschlichen Zusammenlebens. Genau das wird mit dem Begriff »sozial« gefaßt (von lat. socius = gemeinsam, verbunden, verbündet).

Inwieweit die Angebote im Internet, die als »soziale Netzwerke« daherkommen, tatsächlich solche Dimensionen erreichen, hängt nicht zu-letzt von denen ab, die diese technischen Mög-lichkeiten nutzen. Seit Anfang Dezember ist die »Barnimer Bürgerpost« dabei und geht auf diesem Terrain ihre ersten Schritte.

Auf Facebook, das ist eines dieser »sozialen Netzwerke« im Internet, gibt es seitdem eine kleine online-Publikation der »Barnimer Bür-gerpost«. Es ist eine Möglichkeit, das vorhande-ne soziale Netzwerk der »Barnimer Bürgerpost« durch die neuen technischen Möglichkeiten des Internets zu erweitern. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Interessieren wird das be-sonders jene Leserinnen und Leser, die mit den »sozialen Netzwerken« im Internet bereits ver-traut sind. Unsere »Publizistischen Grundsätze« bilden auch für das Facebook-Gesicht der »Barnimer Bürgerpost« die Grundlage für Veröf-fentlichungen. Die Seite heißt: <https://www.facebook.com/pages/Barnimer-B%C3%BCrgerpost/368496246558975>.

GERD MARKMANN

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespres-segesetz (BpgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung ver-pflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizisti-schen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens ein-mal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederver-sammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barni-mer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs-und Willensbildung der Bürgerinnen und Bür-ger des Kreises Barnim mitzuwirken und de-ren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Ange-sprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbst-bewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion be-schränkt sich in der Hauptsache auf das Zu-sammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redak-tionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte ha-ben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird zensuriert und ohne Kommentar veröf-fentlicht.

Grenzen werden allein vom zur Verfügung ste-henden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewalt-verherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Par-lamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei al-ler gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Um-welt, zur Geschichte und Kultur.

Anzeige

Wir bedanken uns bei unseren Kunden und Geschäftspartnern für die sehr angenehme Zusammenarbeit im Jahr 2012.

16225
Eberswalde
Heegenmühler Str. 64
MATZKOW
GmbH
25 33 0

Elektroinstallation
- Privat - schnell
- Gewerbe - preiswert
- Kommune - zuverlässig

Angela Mätzkow
Dor. Einzelangew. / FfH
Elektronische Leiter

☎ 0 33 34 / 25 33 - 0
0 33 34 / 25 33 25
elektroinstallation-matzkow@alice.de

Ein Preis für Mut-Macher

Das Eltern-Kind-Zentrum im Brandenburgischen Viertel und die Kita Arche Noah Eberswalde erhielten kürzlich in Potsdam den sogenannten »MUTMACHPREIS« des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. Die Laudation hielt die zuständige Ministerin Anita Tack (DIE LINKE). Sie würdigte das große Engagement der Kitaleiterin Petra Boden und der Koordinatorin im Eltern-Kind-Zentrum Jenny Wörpel. Die beiden erarbeiteten mit viel Fleiß ein Konzept zum Bau einer Eltern-Kind-Küche in der Kita. Die Ministerin sprach von einer Angebotserweiterung der Einrichtung in den Sozialraum und in die Lebenswelt der Kinder. Anita Tack betonte, daß ein Haus mit offenen Türen Begegnungen ermögliche, wobei die Gemeinsamkeit als wichtigster Aspekt hervorgehoben wird. Gemeinsam können sich Großeltern, Eltern und Kinder auf eine Entdeckungsreise begeben: Gemeinsam einkaufen, gemeinsam kochen und gemeinsam die nächste Mahlzeit planen!



Die Laudation der Ministerin und der »MUTMACHPREIS« selbst ermutigen Kita und Eltern-Kind-Zentrum, das Engagement zu erhöhen und das Projekt Eltern-Kind-Küche im positiven Sinne voranzutreiben!

RENÉ GLOEDE

Luxemburg Liebknecht Demo

**Sonntag 13. Januar 2012, 10 Uhr
Berlin, Frankfurter Tor**

Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde

Wandertip: Ut dem Hagen

Die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. laden ein zu einem geführten 3 km Spaziergang mit dem Direktor des Gnadauer Theologischen Seminar Falkenberg Martin Leupold. Er und Bernd Müller entführen Sie in die Zeit der Uchtenhagen mit Besichtigung des Waldfriedhofes und einer an die Schweiz erinnernde Siedlung. Danach trinken wir Kaffee im Gnadauer Theologischen Seminar Falkenberg und werden vom Direktor Martin Leupold durch die interessanten Gebäude geführt. Gäste ohne eigenen Pkw können gerne mit Fahrgemeinschaften zum Ausgangspunkt mitgenommen werden. Um Anmeldung für die Wanderung unter 03344/333200 wird gebeten. Treff ist am 13. Januar, 14 Uhr, am Parkplatz an der B 167, 16259 Falkenberg (Mark) Ortsteil Papierfabrik. Gebühren: Erwachsene 1,90 Euro, ermäßigt 0,90 Euro, NaturFreunde und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

BERND MÜLLER

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://bbp-blog/)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Friedrich, Gloede, Gädicke, Hänel, Jacob, Markmann, Neumann, Pfaff, Voß

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 3. Januar 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 31.1.2013, 12 Uhr.